

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 158 · 14. JAHRGANG · AUSGABE 3/2008 · VOM 7. MÄRZ 2008 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Wieviel sind die Stadtwerke wert?**
Schadenersatz auf der Tagesordnung

7-9 | **»Knotenpunkt« für Naturschutz und geistiges Leben**
Das Erbe von Kurt Kretschmann

12 | **»Wir fühlen uns nicht vertreten«**
Protestbrief der SPD Finow

Tag der Offenen Tür an der Freien Oberschule Finow am 1. März:

»Ein Treibhaus der Zukunft«

Finow (bbp). »Treibhaus der Zukunft« stand bis vor kurzem in großen Lettern in den Fenstern der früheren Berufsschule in der Biesenthaler Straße in Finow. Im September 2008 will die »Freie Oberschule Finow« hier mit einer ersten 7. Klasse den Schulbetrieb aufnehmen. Der Trägerverein hatte sich vor fast genau einem Jahr gegründet. Hervorgegangen aus den Schüler- und Elterninitiativen, die sich im Frühjahr 2006 bei den Aktionen zur Rettung der Albert-Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel zusammengefunden hatten, wollten sich die Gründungsmitglieder des Vereins nicht damit abfinden, daß der Stadtteil Finow einschließlich des Brandenburgischen Viertels künftig ohne Oberschule bleiben soll. In kürzester Zeit wurde das Konzept für eine »Freie Oberschule Finow« erarbeitet, so daß noch im März 2007 der Genehmigungsantrag beim Brandenburgischen Bildungsministerium gestellt werden konnte. Mehrere Vereinsmitglieder hatten sich inzwischen als GbR zusammengetan und für 100.000 Euro das Schulgebäude in der Biesenthaler Straße 14/15 von der Stadt Eberswalde erworben. Ende 2007 konnte das Gebäude übernommen werden. Sofort ging der Verein daran, das großzügige Gebäude für den Schulbetrieb vorzubereiten. Bis Ende Februar gelang es, ein erstes Klassenzimmer provisorisch herzurichten.

Grund genug, um der Öffentlichkeit das Konzept der »Freien Oberschule Finow« und die Räumlichkeiten des Schulgebäudes in der Biesenthaler Straße am 1. März von 10 bis 12 Uhr mit einem »Tag der Offenen Tür« vorzustellen.

Die Vereinsmitglieder waren überrascht, mit welcher Resonanz ihre Einladung wahrgenommen wurde. Günter Schumacher, der eine viertelstündige Präsentation zur Vorstellung des Konzepts der »Freien Oberschule Finow« vorbereitet hatte, war nach den zwei Stunden völlig heiser. Er mußte seine Präsentation vor ständig wechselndem Publikum



dauernd wiederholen. Am Ende waren es wohl gut 100 Besucher, die sich an diesem Tag der Offenen Tür über die »Freie Oberschule Finow« informierten. Darunter einige, die hier selber die Schulbank gedrückt hatten und auch mehrere Nachbarn, die ihre direkte Hilfe anboten.

»Inzwischen haben wir fünf Zusagen für unsere erste 7. Klasse, mit der wir am 1. September

2008 den Schulbetrieb aufnehmen wollen«, sagte der Vereinsvorsitzende Hartwin Schulz. »Das ist mehr, als wir nach unserer ersten öffentlichen Aktion erwarten konnten.« Zumal es auch ein Jahr nach Abgabe des Genehmigungsantrages noch keine abschließende Antwort seitens des zuständigen Ministeriums gibt. Mit einer solchen Antwort, so war auf Nachfrage erfahren, könnte vor dem Sommer keine der freien Schulen rechnen, die 2008 ihren Betrieb aufnehmen wollen. Eine andere freie Schule in Eberswalde, die seit 2007 in der Sekundarstufe I unterrichtet, hatte die Genehmigung gar erst einen Tag vor Unterrichtsbeginn erhalten. So eine fehlende Genehmigung ist also keineswegs ungewöhnlich, auch wenn diese Verfahrensweise arg an den Nerven der Träger zerrt.

Der Verein der »Freien Oberschule Finow«, bekräftigte Hartwin Schulz, will sich jedenfalls dadurch nicht von seinen ambitionierten Zielen abringen lassen. »Ich rufe alle Menschen in Eberswalde und besonders in Finow und im Brandenburgischen Viertel auf, unserem Verein beizutreten, Bildung mit uns selbst zu organisieren, Arbeit und Hilfe anzubieten. Ja, nicht zuletzt auch, Geld zu spenden. Kommt her und macht mit. Traut euch was zu, schließlich geht es um eure Kinder. Mit diesem Projekt können wir einen Traum verwirklichen – Schule, wie wir sie wollen und wie Kinder sie brauchen.«

Interessenten können weiterhin jeden Dienstag von 17 bis 18 Uhr die Sprechstunden der »Freien Oberschule Finow« nutzen. Außerhalb dieser Zeit kann der Vereinsvorsitzende Hartwin Schulz unter der Telefonnummer 03334/383930 erreicht werden. Spenden können auf das Konto 300 003 8689 bei der Sparkasse Barnim (BLZ 17052000) überwiesen werden.



Unseren **Leserinnen** alles erdenklich Gute zum

Internationalen Frauentag

8. März 2008

Redaktion und Verein der »Barnimer Bürgerpost

Die gelbe Null

An dieser Stelle soll die bemerkenswerte Leistung der Bürgerbewegung »Keine Schnellstraße zwischen Eberswalde und Freienwalde« gewürdigt werden.

Die Behörden, angefangen vom Landesamt für Straßenwesen über das Landratsamt Eberswalde bis zur Stadtverwaltung Eberswalde meinen damit eine großräumige Umgehungsstraße. Diese neue Schnellstraße sollte irgendwie dreispurig sein und wenig Abfahrten haben. Wer so etwas noch nicht gesehen hat, braucht nur nach Bad Freienwalde zu fahren. Dort findet man den Stadtkern vor lauter Umgehungsstraßen kaum. Natürlich freuen sich die örtlichen Unternehmer und Verwaltungen auf die Bauaufträge. Mit dieser Umgehungsstraße versucht die Stadt Eberswalde auch ihre innerstädtischen Verkehrsprobleme zu lösen. Leider geht es nicht vorwärts mit der Straßenplanung. Und das haben sie sich selbst zuzuschreiben, die Planer und Verwaltungen.

Im Herbst lagen wieder einmal fünf Varianten vor. Mehr laienhaft als fundiert hat man versucht, die Konflikte im Finowtal zu umfahren und damit nur wirklich schreckliche und teure Trassen finden können. Diese Trassen haben nun die Anwohner aufgeschreckt. Erst vereinzelt und zaghaft und dann sehr konkret und konstruktiv befaßten sich die Betroffenen mit dem Problem. Und mit der Zeit haben sie etwas bemerkenswertes vollbracht. Sie haben wirklich miteinander geredet und dabei gemerkt, daß sie von den Verwaltungen verarscht werden sollten. Es geht gar nicht darum, welche Variante die bessere sei. Zuallererst geht es darum, ob überhaupt eine Straße dieser Dimension gebraucht wird. Jede Haushälterin und jeder Haushälter überlegt und prüft den Nutzen und bedenkt den Schaden einer Investition. Das geschieht täglich und in allen Lebensbereichen. Das machen auch ein Bürgermeister und auch ein Landrat, wenn es ums private Geld geht. Im Planungsrecht heißt das »Untersuchung der Nullvariante«. Oder anders ausgedrückt, was geschieht, wenn man nichts macht und das Geld spart oder für andere Sachen ausgibt. Leider hat man bei der Planung der Umgehungsstraße vergessen, diese Nullvariante darzulegen. Deshalb konnte auch keine vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinden. Genau das haben die Leute von der Bürgerbewegung, wohl mehr zufällig und intuitiv, gemerkt und massenhaft in die Stellungnahmen geschrieben. Das Raumordnungsverfahren ruht deswegen seit Anfang Februar, um weitere Varianten zu prüfen, wie die Planungsbehörde schreibt. Anstatt den Fehler zuzugeben, geht die Verarschung weiter. Alle Behörden drängen darauf, die Straße doch zu bauen. Nun müssen sie aber die Nullvariante untersuchen und den wirklichen Bedarf nachweisen. Leute, schaut euch die Unterlagen genau an. Denn soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. agr. MANFRED PFAFF, Altenhof

Nachnutzung ist erwünscht – Plagiat nicht

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint im 13. Jahr. Seit 1995 mischen wir uns aktiv ein und bieten unseren Leserinnen und Lesern eine Plattform für ihre Meinungen, für ihre Diskussionen, für ihre Informationen. Was wir mit dem Untertitel »unabhängige Leserzeitung« als programmatischen Anspruch verkündeten, haben Sie, liebe Leserinnen und Leser, im Laufe der Jahre mit Leben erfüllt.

Auf dieses Konzept einer Leserzeitung erhebt die »Barnimer Bürgerpost« natürlich keinen Alleinvertretungsanspruch. Im Gegenteil, Nachnutzung ist ausdrücklich erwünscht.

Im Raum Bernau wurde vor einigen Wochen eine Zeitung namens »Unabhängige Zeitung« in 16.000 Exemplaren an die Haushalte verteilt. Im Editorial schreibt die Chefredakteurin Peggy Müller: »Dabei leben wir als Bürgerzeitung von Ihrer Mitarbeit. Schreiben Sie uns, was Sie bewegt und bringen Sie Ihre Erfahrungen ein. Wir möchten eine Zeitung sein, die für die Belange der Bürger da ist und ihnen ein Forum gibt, ihre Probleme und Ideen zum Ausdruck zu bringen.« Wir wünschen der »Unabhängigen Zeitung«, daß ihr dieses Konzept, welches auch das unsrige ist, gelingt. Dabei gehen wir davon aus, daß es tatsächlich so gemeint ist, wie geschrieben.

Allerdings sind die Macher des Blattes beim Kopieren etwas übers Ziel hinausgeschossen. So fiel ihnen als Untertitel nichts anderes ein als »Bürgerpost für Barnim«. Wir haben die Redaktion der »Unabhängigen Zeitung« auf die dadurch entstandene Verwechslungsgefahr aufmerksam gemacht, die von keinem so erwünscht sein kann. Die »Unabhängigen Zeitung« erhielt die Aufforderung, für ihre nächste Ausgabe einen anderen Untertitel zu wählen.

Wir weisen hiermit ausdrücklich darauf hin, daß zwischen der »Barnimer Bürgerpost – unabhängige Leserzeitung« und der »Unabhängigen Zeitung – Bürgerpost für Barnim« keinerlei Verbindungen bestehen.

Die »Barnimer Bürgerpost« wird vom Verein »Barnimer Bürgerpost e.V.« herausgegeben und verlegt. Als »unabhängige Leserzeitung« stehen wir, wie schon oft gesagt, in direkter Abhängigkeit von unseren Leserinnen und Lesern, die als Autoren den Inhalt unserer Zeitung gestalten und über ihr Abonnement die »Barnimer Bürgerpost« finanzieren. Mit den in unseren Publizistischen Grundsätzen (BBP 1/2008) genannten Ausnahmen ist die »Barnimer Bürgerpost« offen für Meinungsäußerungen in den verschiedensten politischen Ausrichtungen.

Die »Unabhängige Zeitung« wird laut Impressum vom »Unabhängigen Leserkreis Bernau« herausgegeben. Als Verleger wird »50Plus – Das Generationenbündnis« genannt.

»50Plus« war in den Jahren 2004 und 2005 in Brandenburg zur Landtags- und Bundestagswahl angetreten. Die Wahlergebnisse reichten aus, um staatliche Wahlkampfkostenerstattungen zu erhalten. Die Gelder aus diesem Fonds werden jetzt zur Vorbereitung der in der nächsten Zeit anstehenden Wahlen verwandt. Es wird vermutet, daß auch Herstellung und Vertrieb der kostenlos verteilten »Unabhängigen Zeitung« aus diesem Fonds finanziert wird.

Welche Verbindungen zwischen der »Unabhängigen Zeitung« und der »Unabhängigen Fraktion« in der StVV Bernau bestehen, ist uns nicht bekannt. Zur »Unabhängigen Fraktion« gehören zwei ehemalige Abgeordnete der sog. Schill-Partei und ein als Einzelkandidat gewähltes Ex-CDU-Mitglied. Der Landesverband von »50Plus« ist derzeit dabei, landesweit »unabhängige«, »freie« usw. Wählergruppen, die 2003 in viele Kommunalparlamente eingezogen waren, zu einer Landesliste zusammenzufassen. Verkündetes Ziel von »50Plus« ist, mit einer starken Fraktion in den Brandenburgischen Landtag einzuziehen.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Wasser bewirtschaften – nicht verwirtschaften

Zu einer wenig beachteten, aber umso besser besuchten Veranstaltung hatte eine Gruppe junger christlicher Studenten am 7. Februar in die Aula der FFH eingeladen. Es ging um den verantwortungsvollen Umgang mit Wasser. Sie hatten hierzu einen kompetenten Vortrag organisiert, der von Herrn Prof. Dr. Werner Lanz, einem kompetenten Wissenschaftler aus Göttingen, gehalten wurde. Mit Geschick verstand er es, das überwiegend junge Publikum für die Problematik zu fesseln und die wenigen älteren Zuhörer zu einer anschließenden lebhaften Diskussion herauszufordern. Der Abend drohte sehr lang zu werden und so mußten viele offene Fragen unbeantwortet bleiben.

Bei einem anschließenden kleinen Imbiß nutzten die beiden anwesenden Vertreter des Aktionsbündnisses »Wasser in Bürgerhand« die Gelegenheit, mit den Studenten persönlichen

Kontakt zu knüpfen, um sie auf die Wasserproblematik in unserer Region, dem Land Brandenburg, aufmerksam zu machen. Es wurde ein erneutes Treffen zu Beginn des neuen Semesters im April, anlässlich des diesjährigen Weltwassertages, der wieder am 22.03. wie jedes Jahr begangen wird, verabredet. Die Vorbereitungen dazu werden von Mitgliedern der ortsansässigen Bürgerbewegung in Verbindung mit der FFH getroffen. Der genaue Termin wird in der Aprilausgabe der BBP nachzulesen sein.

Nach der Wasserausstellung des ZWA im Museum der Stadt Eberswalde ist es zweigemaß, über die Zusammenhänge des Klimawandels und einer nachhaltigen Wasserwirtschaft auch in unserem sog. wassereichen Land Brandenburg zu diskutieren.

Eine rege Beteiligung wünscht sich nicht nur
HELMUT BRAUNSCHWEIG

Wieviel sind die Stadtwerke wert?

Nachfolgender Beitrag erschien bereits in der »Barnimer Bürgerpost« vom September 2005. Das war lange bevor mit dem »Spendenskandal« die Zusammenhänge des Verkaufs der Stadtwerke-Anteile ans Licht kamen. Im vergangenen Jahr akzeptierten die Vertreter der Käufer Strafbefehle in beträchtlicher Höhe. Sie erkaufte sich damit die Einstellung weiterer Ermittlungen wegen Bestechung. Zugleich aber kann das als Schuldeingeständnis gewertet werden. Bestochen wird im allgemeinen, um sich unberechtigte Vorteile zu verschaffen. Und Vorteile auf Käuferseite sind nur durch Nachteile auf Verkäuferseite zu erreichen. Die Vermutungen vom September 2005 erhielten also nachträglich ihre Bestätigung. Der Text von 2005 ist hochaktuell.

Nach Strafgesetzbuchparagraph 266 macht sich der Untreue schuldig, wer die ihm durch Gesetz, behördlichen Auftrag oder Rechtsgeschäft eingeräumte Befugnis, über fremdes Vermögen zu verfügen mißbraucht oder die ihm obliegende Pflicht, fremde Vermögensinteressen wahrzunehmen, verletzt und dadurch dem, dessen Vermögensinteressen er zu betreuen hat, Nachteil zufügt.

Daß es um städtisches Vermögen geht, das andere verwalten, ist klar. Das rechtswidrige Verfahren ist bereits aktenkundig. Aber stellt der Verkauf der Stadtwerkeanteile auch einen Nachteil für die Stadt dar? Immerhin fließen 16,7 Millionen Euro als Kaufpreis. Befürworter des Deals argumentierten gar, daß nie wieder soviel Geld für die Anteile herauszuschlagen sei. Die Gegner des Verkaufs wiesen hingegen auf die regelmäßigen Ausschüttungen und die auch künftig zu erwartende Wertsteigerung des Unternehmens Stadtwerke hin.

Um festzustellen, ob aus dem Verkauf für die Stadt ein Vermögensnachteil erwächst oder nicht, muß also zuallererst das Unternehmen Stadtwerke GmbH bewertet werden. Die Anteilskäufer, die sich auf dem Energiemarkt allgemein und als Mitgesellschafter hinsichtlich der Geschäfte der Stadtwerke im besonderen bestens auskennen, taten dies ganz gewiß. Aus der hohlen Hand geben solche Wirtschaftsunternehmen kein Geld

aus. Und schon gar nicht aus Gefälligkeit für eine in Finanznöten steckende Kommune oder weil deren Bürgermeister so nett ist.

Ob auch die Entscheidung der städtischen Verantwortlichen auf einem seriösen Wertgutachten beruht, ist indes nicht bekannt. Zumindest darf als gesichert angenommen werden, daß weder der Gesellschafterversammlung der TWE, die am 12. Mai über den Anteilsverkauf abstimmte, noch dem TWE-Aufsichtsrat ein solches Gutachten vorlag. Selbstredend bekamen auch die Stadtverordneten, die zunächst am 16. Juni in nichtöffentlicher Runde die Verkaufsentscheidung abzunicken hatten, kein solches Gutachten zu Gesicht. Die Sachverhaltsdarstellung des entsprechenden Beschluß-

vorschlaß bestand aus gerademal zehn Zeilen, die zudem lediglich den Beschlußtext in etwas anderer Formulierung wiederholten.

Welchen Wert also haben die Stadtwerke? Nach dem Kaufpreis von 16,7 Millionen Euro für den 26-Prozent-Anteil der Stadt errechnet sich für den Tag des Wirksamwerdens des Verkaufs am 1. Januar 2006 ein Unternehmenswert von 64,2 Millionen Euro. Vor vier Jahren kosteten 25 Prozent der Stadtwerke rund 11,5 Millionen, was einen Gesamtwert von ca. 46 Millionen Euro ergibt und eine Wertsteigerung innerhalb von vier Jahren auf fast 140 Prozent oder 14 Prozent pro Jahr impliziert. Die der Stadt zufließenden Ausschüttungen lagen zuletzt bei 334.000 Euro. Das ist noch einmal ein Ertrag von ca. 2 Prozent. Aus-

Doch schauen wir uns die Unternehmenszahlen etwas genauer an. Die jüngsten uns vorliegenden Zahlen entstammen dem Jahresabschluß 2003. Die Stadtwerke verzeichneten damals einen Jahresüberschuß von 1,291 Millionen Euro, der voll ausgeschüttet wurde. Der ausgewiesene Überschuß spiegelt jedoch nur einen Teil des tatsächlichen Ertrages wider. Wesentlich aussagekräftiger ist der sogenannte Cash-Flow. Beim Brutto-Cash-Flow werden dem Jahresüberschuß die Abschreibungen auf Anlagen sowie die Zuführung zu langfristigen Rückstellungen zugerechnet. Dieser Brutto-Cash-Flow belief sich 2003 bei den Stadtwerken auf 4,9 Millionen Euro. Addiert man nun noch die Ertragssteuern von ca. 1,75 Millionen Euro kommt man auf einen Netto-Cash-Flow von 6,65 Millionen Euro.

Dieser Ertrag kann nunmehr eine Grundlage bilden für die Berechnung des Unternehmenswertes. Auf dem Kapitalmarkt sind, wie schon erwähnt, bestenfalls Renditen zwischen 2 und 3 Prozent zu erzielen. Wir unterstellen wie vorhin einen Zinssatz von 5 Prozent. Demnach entsprach der Wert der Stadtwerke Ende 2003 einem Kapitalwert von 133 Millionen Euro, der bis Ende 2005 auf wenigstens 140 Millionen Euro steigen dürfte. Auch nach dieser Rechnung übersteigt der tatsächliche Wert des 26prozentigen Anteils der Stadt an den Stadtwerken mit etwa 36 Millionen Euro um mehr als das Doppelte den tatsächlich erzielten Verkaufserlös.

Nach diesem Exkurs in die Gefilde der Wirtschaftsmathematik erscheint der vom Aktionsbündnis »Unser Eberswalde« geäußerte »Verdacht für den Tatbestand der Untreue« gar nicht mehr so abwegig. Selbstverständlich kann dieser Exkurs ein seriöses Wertgutachten nicht ersetzen. Viele Faktoren finden bei einer so einfachen Betrachtung schlicht keine Berücksichtigung. Das Fehlen eines Wertgutachtens kann indes nicht den Kritikern des Stadtwerkeverkaufs vorgeworfen werden. Nach gegenwärtigem Stand muß wegen der Rechtswidrigkeit mit einer Rückabwicklung des Kaufvertrages gerechnet werden. Zudem hängt der Untreue-Vorwurf in der Luft. Schaden von der Stadt wird durch all das jedoch nicht abgewendet. Im Gegenteil.

Doch noch können die Verantwortlichen handeln. Sie könnten von den Stadtverordneten nach Vorlage eines seriösen Wertgutachtens erneut eine Zustimmung zum Gesellschafterbeschluß vom 12. Mai erbitten. Das könnte alle Fehler heilen.

GERD MARKMANN



gehend vom Verkaufspreis liegt also die Kapitalverzinsung bei ca. 16 Prozent und damit in Regionen, die bei einer Anlage des Verkaufserlöses auf dem Kapitalmarkt ganz sicher nicht zu erreichen sind. Die Technischen Werke rechnen mit bestenfalls 2,5 Prozent für die angelegten Verkaufserlöse. Selbst wenn wir eine Rendite von 5 Prozent unterstellen würden, wäre ein Kapitalstock von 53 Millionen Euro nötig, um ähnliche Erträge wie bisher zu erzielen. Der tatsächlich realisierte Verkaufserlös beträgt jedoch nicht einmal ein Drittel davon.

Schon nach dieser einfachen Rechnung, die jeder mit dem Taschenrechner erledigen kann, scheint es mit dem Verkaufserfolg für die Stadt nicht zum besten zu stehen.

Jede Veränderung wird man mindestens von zwei Seiten betrachten und beurteilen können. Wenn untemehmenstüchtige Investoren (Tower Finow GmbH) den bisher kleinen Verkehrslandeplatz zu einem Regionalflughafen mit eigenen Mitteln (nicht wie seinerzeit ein Herr Brandstätter mit Mitteln der Stadt Eberswalde) entwickeln wollen, haben selbstverständlich Staatsverwaltungsinstitutionen und Bürgerschaft nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Genehmigung oder Ablehnung.

Die Frage ist dazu stets, ob eine Neuerung oder Erweiterung eines Projektes für positive Entwicklung in der Region und die Gesundheit der Menschen vertretbar ist. Der Antragsteller hat bei der Eberswalder Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung Zustimmung erhalten. Die Ablehnungsformulierungen, wie sie von einer Gruppe von Flughafengegnern erfolgen, finde ich für die Gesamtgestaltung unseres Themas nützlich und sogar notwendig. Zwingen diese Formulierungen die Befürworter dazu, das Vorhaben so optimal wie irgendmöglich zu gestalten.

Grundanliegen des Vorhabens Regionalflughafen ist die positive Weiterentwicklung der Industrieregion Eberswalde-Finowtal. Dabei handelt es sich schließlich um einen bedeutenden Metallindustriebereich, der seine Quellen im 17. Jahrhundert hat (lange vor dem Ruhrgebiet!). Die »Wende« 1989/90 brachte einen Einbruch, der wieder wettgemacht werden kann, wenn man den geographischen Standort Eberswalde in Deutschland und Europa mit der nach Osten offenen Grenze (Stettin, Gorzow, Kolberg) beachtet und nutzt. Nur wenige Städte haben eine Verkehrssituation wie Eberswalde mit Eisenbahn, Bundesstraßen, Autobahn, Weltschiffahrtsweg und ein Flugplatzgelände seit mehr als 70 Jahren. Diese Faktoren realistisch einschätzen und für die Menschen der Region sinnvoll einzusetzen, sollte eine wichtige Aufgabe der Politik sein – besonders dann, wenn ernstzunehmende Investoren bereitstehen. Schließlich sind Arbeit und Arbeitsplätze Hauptvoraussetzungen für Wohlbe-

Zum Problem Flugplatz

Bedeutsame Veränderungen in unserer Umwelt bewirken immer mehr oder weniger unterschiedliche Meinungen. Diese klar zu äußern war den Bürgerinnen und Bürgern unserer Region Jahrzehnte lang verboten. So finde ich es großartig, daß die Flugplatzthematik auch die Flugplatzgegner zu mannigfachen Äußerungen veranlaßt.

finden der Menschen in unserer Region bei einer Arbeitslosigkeit um 20 %.

Selbstverständlich gehört zu Bestrebungen der Wirtschaftsförderung die Beachtung der Gesundheit der Menschen dazu. Seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts bekommt die Medizin durch Umsetzung von Forschungsergebnissen immer größere Bedeutung und gestaltet sich in letzter Zeit immer mehr auch zu einem politischem Faktor.

Mit dem Schaden von Tabakkonsum, der Bedeutung von Feinstaub beschäftigen sich heute Regierungen und Parlamente vieler Länder. Seit in der Medizin die Heilungsmöglichkeiten vieler früher unbeherrschbarer Krankheiten gegeben sind, bekommt der Begriff Vorbeugung immer größere Bedeutung. In der medizinischen Presse findet man immer mehr Veröffentlichungen, die sich mit dem Problem Lärm befassen: »Lärm macht auf Dauer krank« (Deutsches Ärzteblatt Heft 4/2008) kann man lesen, oder eine dicke Überschrift: »Nächtlicher Fluglärm kostet die Kassen viel Geld« (Ärztezeitung 15.01.08). Eine Studie mit 5.000 Anwohnern der Flughäfen Amsterdam, Athen, Berlin, London, Mailand und Stockholm ergab, daß Nachtfluglärm ein Streßfaktor ist und das Bluthochdruckrisiko um 14 % erhöht. Eine Ausnahme war dabei Berlin, hier hat der Straßenverkehrslärm einen höheren Einfluß. Diese Tatsachen werden dazu führen, daß Forschungen für Verminderung von Schadstoffen und Lärm verstärkt werden und Praxisumsetzungen zur Folge haben. Unser Flugplatzproblem sollte man also nicht nur kurz- und mittelfristig, sondern langfristig sehen.

Das gegenwärtige »Problem Flugplatz« sehe ich so: Ein Teil der Bürgerinnen und Bürger von Eberswalde will vor allem infolge der Erin-

nerung an den russischen Militärflugplatz überhaupt keinen Flugplatz – vielseitige Argumente für die Ablehnung des Flugplatzes sind leicht zu formulieren. Der heute bestehende Verkehrslandeplatz gehört nicht der Stadt Eberswalde oder der Gemeinde Finowfurt, sondern ist Besitz der Tower Finow GmbH. Diese Wirtschaftsinstiution will aus dem gegenwärtigen kleinem Flugplatz – der wirtschaftlich auf die Dauer nicht tragbar ist – einen positiven Wirtschaftsfaktor für die Region gestalten. Auf Grund eines durch die Tower Finow GmbH veranlaßtem Gutachten ergibt sich, daß ein Regionalflughafen als Ergänzungsflyghafen ohne Beeinträchtigung von Schönefeld sich rechnen kann. So die Aussagen des jetzigen Flugplatzbetreibers, der der Risikoträger ist.

Wir sollten dieses Anliegen als Chance für Eberswalde und die weitere Region ansehen. Damit kann mit einer langfristigen Betrachtung der Einwohnerschwund ins Gegenteil gebracht werden. Die Ursachen für den Einwohnerschwund und die hohe Arbeitslosigkeit sehe ich nicht nur in den Auswirkungen der großen Politik der »Wendezeit«, sondern auch in der kleineren Politik unserer Region: Investoren wurden vergraut, z.B. die Industriebranche Brauerei sollte ein mahnendes Beispiel sein; eine Autofirma wollte ein großes Werk errichten und manches mehr kann man finden – Entscheidungen der regionalen Politik verhinderten in der Vergangenheit Verbleib und Vermehrung von Arbeitsplätzen.

Die Entwicklung der Menschheit ist von der Erfindung des Rades eine Entwicklung der Möglichkeiten von A nach B zu kommen: Eisenbahn-Auto-Flugzeug sind die Richtungsmerkmale der Entwicklung!

Dr. SIEGFRIED ADLER

Noch kein Umzug des Oberstufenzentrums

Eberswalde (bbp). Seit längerem plant der Landkreis Barnim, die Gymnasialausbildung des Oberstufenzentrums (OSZ) aus dem Brandenburgischen Viertel in die Stadtmitte zu verlegen. Aufgrund sinkender Schülerzahlen sei eine Konzentration der Schulstandorte notwendig. Doch bald wurde klar, daß der Bedarf an Berufsschulplätzen weiterhin hoch ist. Mit der Beibehaltung des Schulstandortes im Brandenburgischen Viertel gerieten jedoch die Planungen des städtischen Schulamtes durcheinander, die einen Umzug der Grundschule »Schwärzese« in die sehr gut ausgestatteten Räumlichkeiten des OSZ vorsahen, um eine aufwendige Sanierung des jetzigen Schulgebäudes der »Schwärzese«-Grundschule zu vermeiden. Mit dem Sinneswandel beim Land-

kreis war man daher nicht glücklich. Die Bedeutung des OSZ für das Brandenburgische Viertel als Bildungsstandort einschließlich der Auswirkungen für die Gewerbetreibenden im Viertel fand dabei keine Berücksichtigung. Die Stadtverwaltung drängte auf eine schnelle Kündigung des Vertrags mit dem Landkreis, der die gymnasiale Oberstufe des OSZ nun nicht mehr im Gebäudekomplex im Leibnizviertel, sondern im Gebäude der Goethe-Oberschule in der Eisenbahnstraße unterbringen will. Zum Schuljahresende 2009/2010 war nunmehr der Umzug geplant. Am 13. Februar informierte Dezernent Lutz Landmann den städtischen Schulausschuß, daß sich weitere Verzögerungen ergeben, »weil die Sanierung der Schule in der Eisenbahnstraße, die wir alternativ

vorgeschlagen haben, nicht mit dem Umzug der Goethe-Oberschule korrespondiert«. Der Landkreis brauche noch ein weiteres Schuljahr, um eine Sanierung durchzuführen. Damit verschiebe sich auch der Umzug der »Schwärzese«-Grundschule auf das Jahr 2011. Rolf Richter, Sachkundiger Einwohner im Ausschuß, wandte daraufhin ein, daß unter diesen Umständen eine Teilsanierung in der Grundschule »Schwärzese« vorgenommen werden müsse. Dezernent Landmann erklärte, daß er noch mal das Gespräch mit dem »Schwärzese«-Schulleiter Ernest Hobohm suchen werde. »Die Verwaltung kann eventuell noch Zugeständnisse machen«, sagte Landmann. »Wir können aber keine großen Investitionen in einem Gebäude verantworten, das bald abgerissen wird.«

Makabres Schauspiel

Wer das makabere Schauspiel der Stadtverwaltung Eberswalde während der Stadtverordnetenversammlung im Januar des Jahres beobachtete, traute seinen Augen kaum. Der Stadtverwaltung fehlte jegliche Souveränität und Kompetenz, eine eigene schlüssige Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren Regionalflughafen abzugeben. Unter den Augen des Bürgermeisters Friedhelm Boginski besprach sich der Baudezernent Gunther Prüger mit dem anwesenden Bauunternehmer Otto und dem Flugplatzbetreiber Wolk. Der Bürgermeister duldete oder billigte diesen offenen Affront seines Baudezernenten gegenüber den Abgeordneten und den Bürgern der Stadt.

In der Stellungnahme zum ROV, wie auch in den langfristigen Planungsvorstellungen der Stadt (Wistek, Insek und Stellungnahme Landesentwicklungsplan LEP BB), wurden die Untermehrvorstellungen nach einem Ergänzungsflyghafen für den Flughafen Berlin-Brandenburg-International in Finow eins zu eins übernommen. Die Stellungnahme zum LEP BB wurde von der Stadt mit vorauseilendem Gehorsam am 15.01.2008 abgeschickt. Die Abgeordneten wurden erst nachträglich gefragt.

Es stellt sich die Frage, ob Bürgermeister Boginski das Heft des Handelns noch in der Hand hat oder seine Verantwortung gegenüber der Bürgerschaft der Stadt Eberswalde bereits an

Schulbezirke bleiben

Eberswalde (bbp). »Die Grundschulen der Stadt haben alle eine spezielle Ausrichtung auf einen Schwerpunkt«, stellte Karen Oehler von der Fraktion Grüne/BFB auf der jüngsten Sitzung des Ausschusses Kita und Schule fest. Diese Spezialisierung stehe im Widerspruch zu den festgelegten Schulbezirken, die eine freie Auswahl der Grundschulen durch die Eltern nicht zulassen. Ihre Fraktion habe seit längerem dafür plädiert, mit der Abgabe einiger Grundschulen an den Landkreis auch die Schulbezirke aufzulösen (vgl. BBP 12/2006). Karen Oehler vermißte entsprechende Aussagen im Entwurf des Schulentwicklungsplans und fragte, ob es seitens der Verwaltung überhaupt entsprechende Überlegungen gebe. »Die Verwaltung«, so die Antwort der zuständigen Amtsleiterin Kerstin Ladewig, »trägt diesen Gedanken momentan nicht mit«. Sie erinnerte an die Ausschusssitzung in der Grundschule Finow, die im vorigen Jahr stattfand. »Dort wurde vom Schulleiter klar und deutlich gesagt, daß die momentan Leitenden unserer Grundschulen sich dafür aussprechen, diese klar abgegrenzten Schulbezirke erst einmal beizubehalten.« Dezernent Lutz Landmann ergänzte, daß diese Vorgehensweise so mit dem Landkreis Barnim abgestimmt sei. Von den anderen Fraktionen hatten sich u.a. die Linken strikt für die Beibehaltung der Schulbezirke ausgesprochen, u.a. um das Prinzip »kurze Beine – kurze Wege« zu garantieren.

den Bauunternehmer und Flugplatzbetreiber abgegeben hat. Wenn die Stadt mit ihrer Stellungnahme zum neuen Landesentwicklungsplan LEP BB die Unternehmerinteressen nach einem Ergänzungsflyghafen im Linien- und Pauschalflugverkehr, entgegen der Landesplanung bedient, spricht das dafür, daß der Bürgermeister Friedhelm Boginski die Stadt Eberswalde nicht mehr mit richtungweisender Kompetenz führen kann.

Die landesplanerischen Vorstellungen der Länder Berlin und Brandenburg sehen vor, den Flugverkehr auf den Flughafen BBI zu konzentrieren und keine weiteren Verlärmungen großer Gebiete durch Flughäfen im Land Brandenburg zuzulassen. Wenn sich die Unternehmer in Finow verzoockt haben, dann kann das kommunale Interesse der Stadt Eberswalde nicht darin bestehen, die Unfähigkeit des Flughafenentwicklers zu unterstützen. Im neuen LEP BB sind für den Flugplatz Finow 14 Tonnen Startmasse vorgesehen, im alten LEP GR maximal 20/30 Tonnen. Die beantragten 85 Tonnen Startmasse sind definitiv der Konkurrenzflughafen Finow zum BBI. Wenn Boginski eine großflächige Verlärmung ganzer Stadtgebiete will und große Flieger möchte, bedient er damit ausschließlich die örtlichen Unternehmerinteressen.

THOMAS GILLES

Förderverein »Schwäzese«

Am 21. Februar fand die Jahreshauptversammlung des Fördervereins der Grundschule Schwäzese statt. Im Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden Dirk Donzowa wurden viele positive Aktivitäten erwähnt. So gab es z. B. Unterstützung bei der Finanzierung von Klassenfahrten für einige Schüler. Es wurden die besten Rechner bei der Mathematik-Olympiade und Leser beim Vorlesewettbewerb ausgezeichnet. Schüler der 6. Klassen mit hervorragenden Leistung erhielten eine finanzielle Zuwendung zum Jahresabschlußzeugnis. Das letzte Sommerfest war dank des Vereins ein toller Erfolg. Auch der Kuchenbasar in der Adventszeit fand großen Anklang. Besondere Freude herrschte bei allen Kindern über die neue Basketballanlage auf dem Schulhof.

Auf diesem Wege möchten wir uns herzlich bei den ausschcheidenden Mitgliedern Dirk Donzowa und Jana Dannenbring, unserer Schriftführerin, für die angenehme Zusammenarbeit bedanken. In den neuen Vorstand sind gewählt: Martin Hoeck (Vorsitzender), Katrin Kannevischer (Stellvertreterin), Martina Nehmer (Kassenwärtin), Ernest Hohohm (Kassenprüfer), Doris Buchta (Schriftführerin) und Rosemarie Schmücking (Pressewärtin).

Der neue Vorsitzende, Martin Hoeck ist 23 Jahre alt und Jurastudent. Als ehemaliger Schüler der Grundschule engagiert er sich schon seit über einem Jahr im Förderverein.

ROSEMARIE SCHMÜCKING

Militärische Nutzung?

Eberswalde (bbp). Auf der Januarsitzung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung nutzte der Finower Otto Baaz die Einwohnerfragestunde, um einige Fragen zum Flugplatz Finow zu stellen. »Wissen Sie«, fragte Otto Baaz, »daß es in Deutschland 33 Regionalflughäfen gibt, wovon 32 um ihre Existenz kämpfen und nur einer durch Fraport rentabel ist? Auf welcher Grundlage wurden die erhöhten Bedarfszahlen ermittelt, zumal zwei Berliner Flughäfen geschlossen werden sollen?« Namens der Stadtverwaltung antwortete Baudezernent Dr. Gunther Prüger, der zugab, daß die wirtschaftliche Entwicklung der anderen Regionalflughäfen in der BRD seitens der Stadtverwaltung nicht geprüft worden sei. Es sei aber Fakt, daß der Betreiber des Finower Flugplatzes diesen »zu einem Regionalflughafen Eberswalde-Finow in Ergänzung zum Berliner Flughafensystem entwickeln möchte«. Dabei verweist Dr. Prüger auf den von diesem Betreiber angezeigten Bedarf. Je nach Ausgang des laufenden Raumordnungsverfahrens »stellt sich die Bewertung der Bedarfsfrage dann neu«.

Bei der Frage nach einem generellen Nachtflugverbot verweist der Baudezernent darauf, daß die Stadtverwaltung in ihrem Entwurf der Stellungnahme ein generelles Nachtflugverbot von 22 bis 6 hr gefordert habe. »Mit Beschluß der StVV vom 24.01.2008 wurde diese Forderung auf Linienflüge begrenzt.« Schließlich interessierte sich Otto Baaz noch für die Möglichkeit, »daß auf die Mitbenutzung des Areals durch das Militär gehofft wird«. Mit der Änderungsgenehmigung vom 30. März 1995, so die lapidare Antwort von Dr. Prüger, sei die militärische Nutzung des Militärflughafens endgültig beendet und der ehemalige Militärflughafen zu einem zivilen Verkehrslandeplatz umgewidmet worden.

Daß der Flugplatz Finow trotz dieser Umwidmung auch später noch militärisch genutzt wurde, ließ der Baudezernent in seiner Antwort unberücksichtigt. Neben mehreren Kriegswaffenschauen gab es im Mai 1999, parallel zum Krieg gegen Jugoslawien, auf dem Flugplatz auch eine »Luftlandegefächtsübung« des Bundeswehrkommandos »Luftbewegliche Kräfte« (BBP 6/1999).

Zudem ist bekannt, daß der zivile Flughafen Schkeuditz seit 2006 von der US Army für den regelmäßigen Truppenaustausch im Irak und in Afghanistan genutzt wird. Pro Monat werden bis zu 80 Truppentransportflüge mit ungefähr 160 Gis pro Tag abgefertigt. Außerdem wird dieser Flughafen im Rahmen des Projektes SALIS von der NATO zur Realisierung des schnellen Transports übergroßer Ladung als Heimatflughafen zweier russischer Transportflugzeuge vom Typ Antonow AN-124 genutzt. Von den 2000 bereitzustellenden Flugstunden pro Jahr nimmt die Bundeswehr 750 zum Preis von 20 Millionen Euro ab. Den Rest teilen sich die 17 anderen teilnehmenden Staaten (Quelle: Wikipedia).

Der Druck bleibt auf dem Kessel

Volksbegehren zum Sozialticket beantragt

In Übereinstimmung mit den Regularien der Landesverfassung wurde am 25. Februar durch die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter in der »Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg« (Arbeitslosenverband, DGB, GRÜNE LIGA, ver.di, DIE LINKE) ein Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens medienwirksam beim Landtagspräsidenten Gunter Fritsch (SPD) gestellt.

Sollte diesem Antrag stattgegeben werden, wird das weitere Procedere durch den Landesabstimmungsleiter in die Wege geleitet. Dieser legt im Rahmen der Bekanntmachung Beginn und Ende der viermonatigen Frist fest, in der das Begehren unterstützt werden kann. Die Unterstützung des Volksbegehrens erfolgt bei den Abstimmungsbehörden (den Ämtern und amtfreien Gemeinden) durch die Eintragung in amtliche Eintragungslisten. Ab dem Tage der Verkündigung müssen in dem vorgesehenen Zeitraum mindestens 80.000 gültige Unterschriften geleistet werden. Frühestens im Mai dieses Jahres könnte der Startschuß für dieses Volksbegehren gegeben werden.

Bekanntlich wurden in der Volksinitiative über 33.000 Unterschriften in den Monaten Mai bis September 2007 gesammelt. Viele Bürgerinnen und Bürger, die zukünftig mit ihren Steuerbeiträgen ein Sozialticket mitfinanzieren, hatten dieses Anliegen unterstützt. Leider waren im parlamentarischen Verfahren die Abgeordneten der Regierungskoalition aus SPD und CDU nicht bereit, dafür die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Rein formal wurde damit das Sozialticket im Land beerdigt und das Antragsbegehren der Volksinitiative an die Landkreise und kreisfreien Städte verwiesen.

Im Barnimer Kreistag stand am 20. Februar Erneut ein von den Fraktionen Grüne/Freie Wähler und DIE LINKE eingebrachter Antrag zum Sozialticket zur Diskussion. Dieser wurde in namentlicher Abstimmung mit dem Ergebnis 20:28 in den Papierkorb verwiesen. Die »heimliche große Barnimer Koalition« aus SPD und CDU, einschließlich des Landrates Bodo Ihrke (SPD), demonstrierte Geschlossenheit.

Kurioserweise hatte der Landrat zwei Wochen zuvor mit den Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen zu dieser Angelegenheit beraten und signalisiert, daß er für eine vorläufige Lösung plädiert. Er beauftragte daraufhin das zuständige Fachdezernat, eine Finanzierungslösung zu erarbeiten. Der Reigen der Kuriositäten steigerte sich, indem sich am nachfolgenden Tag der Kreistagssitzung die Landräte und die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte in der Aufsichtsratssitzung des Verkehrsverbundes Berlin- Brandenburg einmütig für ein Sozialticket in Brandenburg aussprachen. Mittlerweile kann man auch nachvollziehen, warum der Landrat und die »heimliche Koalition«, insbesondere die Abgeordneten der SPD, das

Barnimer Sozialticket ablehnten. Scheinbar in Kenntnis, daß sich der SPD-Landesverband in seiner Klausurberatung zu einer weiteren Strategie im Umgang mit sozialen Themen, u.a. zum Sozialticket, verständigen wird und diesbezügliche Finanzierungsvorschläge aufzeigen will. Der Landrat als auch der Kreistagsvorsitzende Wilfried Bender müssen sich schon die Frage nach Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit und Transparenz gefallen lassen.

Im Ergebnis der Klausurberatung der Brandenburger SPD, die nun endlich ein umfangreiches Sozialpaket einschließlich deren finanziellen Rahmenbedingungen verabschiedet hat, kann man nun feststellen: Sie bewegt sich doch... Dieser scheinbare Linksruck resultiert nicht unwesentlich auf außerparlamentarischen Druck. Dabei haben die Volksinitiativen »Sozialticket« und »kostenlose Schülerbeförderung« einen maßgeblichen Anteil. Zusätzlich bewiesen aktuelle Umfragen in Brandenburg zu sozialen Themen, daß die Bürgerinnen und Bürger von der Landesregierung, aber auch von der SPD, eine tatsächliche Politik der sozialen Gerechtigkeit erwarten.

Mit dem beschlossenen Sozialpaket wurde offensichtlich der Kommunalwahlkampf 2008 eröffnet. Vorboten des Landtagswahlkampfes 2009 bzw. die Suche nach einem neuen Koalitionspartner lassen grüßen. Der derzeitige Koalitionspartner CDU offenbart immer stärker Realitätsverlust und soziale Kälte. Seine ablehnende Haltung zu wichtigen Themen wie Sozialticket, kostenlose Schülerbeförderung, gesetzlicher Mindestlohn und der Verabschiedung eines Brandenburger Vergabegesetzes machen dies allzu deutlich.

Bemerkenswert ist, so war aus gut informierten Kreisen zu erfahren, daß zwei prominente Berliner Sozialdemokraten, Wolfgang Huber, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, und der Berlin-Brandenburger DGB-Chef Dieter Scholz, hinter den Kulissen massiv Einfluß auf den Brandenburger Landesvorsitzenden der SPD, Matthias Platzeck, genommen haben, um die SPD wieder auf Sozialkurs zu trimmen.

Am Vorabend der Beantragung zur Einleitung eines Volksbegehrens wurde dann völlig überraschend ein landesweit nutzbares Sozialticket, welches nicht mehr als 30 Euro im Monat kosten soll, angekündigt. Als Initiatoren in der Volksinitiative mußten wir uns im Vorfeld noch anhören, daß ein solches Sozialticket durch das Land nicht finanzierbar sei und daß wir angeblich ein Volksbegehren für ein Monatsticket in der Größenordnung von 38 Euro, und dies nur auf Kreisebene nutzbar, anstreben. Man scheint sich mit dem Antrag der Volksinitiative inhaltlich nie richtig auseinander gesetzt zu haben. Er ist teilweise verlogen, wenn man urplötzlich sein sozialdemokra-

tisches Herz für Niedriglöhner entdeckt. Wir haben immer als Gesamtpaket alle Leistungen im Sozialgesetzbuch II und XII gefordert, und dazu gehören auch ergänzende Leistungen im Niedriglohnbereich. Leistungen für Betroffene in der Grundsicherung im Alter (»Mini-Rente«) sind mit inbegriffen.

Auch wenn die Anknüpfung eines landesweiten monatlichen Sozialtickets erfreulicherweise über unsere Forderungen hinaus geht, ist es wichtig, auf Detailfragen der Umsetzung und Ausgestaltung aufmerksam zu machen. Ein zukünftiges Sozialticket muß in den Segmenten Tages-, Wochen- und Monatsticket und auf lokaler, regionaler und Landesebene nutzbar sein. Gleichzeitig sollte man sich insbesondere unter Berücksichtigung der Niedriglöhner überlegen, ob man in den Grenzregionen zu Berlin, zu Sachsen und zu Mecklenburg-Vorpommern verkehrsverbundübergreifende Sozialtickets anbietet. Ein Brandenburger Sozialticket kann aufgrund der vorhandenen verkehrstechnischen Voraussetzungen teilweise gar nicht genutzt werden, da viele Verkehrsverbindungen mit der Bahn über Berlin führen.

Begrüßenswert wäre, wenn die meist ehrenamtlichen Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative, und diese sind teilweise auch die Vertreterinnen und Vertreter der Betroffenen, in die inhaltliche Ausgestaltung des Brandenburger Sozialtickets auf Arbeitsebene eingebunden würden. Damit würde das große Engagement dieser Personengruppen gewürdigt.

Die Antragsteller des Volksbegehrens werden so lange den Druck auf den Kessel lassen und bei Bedarf erhöhen, bis erkennbar ist, daß dem Anliegen ausreichend Rechnung getragen wird. Denn es wäre nicht das erstmal, daß gute Dinge angekündigt werden, die schließlich als »Mogelpackung« endeten. Die Regierungskoalition hatte genug Zeit, konstruktive Lösungen anzubieten. Diese Chance wurde vertan. Deshalb sollte man jetzt die Signale der Betroffenen ernst nehmen und nicht zum Spielball von parteipolitischen Auseinandersetzungen machen. Fadenscheinige Fragen nach den nicht unerheblichen Kosten eines Volksbegehrens weisen wir daher von uns.

Die Zahl der Unterstützerinnen und Unterstützer für ein Volksbegehren Sozialticket aus allen gesellschaftlich relevanten und parteiunabhängigen Verbänden und Organisationen wächst kontinuierlich. Wir warnen aber vor Trittbrettfahrer, Demagogen und Populisten, insbesondere aus dem rechtsextremen Milieu, welche die Gunst der Stunde nutzen, sich im Kommunalwahlkampf mit sozialen Themen zu profilieren.

CARSTEN ZINN, gesetzlicher Vertreter des ver.di Landesbezirkes Berlin- Brandenburg
Dr. ANDREAS STEINER, gesetzlicher Vertreter der GRÜNEN LIGA Brandenburg

Kretschmann/Behm: »Mulch total – Der Garten der Zukunft« erschien in 4. Auflage

Der Vernunft verpflichtet

von Rudolf Behm

Sicher erinnert sich manch Leser an die Buchbesprechungen in der »Bamirer Bürgerpost«, mit denen wir dieses viel beachtete Buch vorstellten. So zum Beispiel unter dem Titel: »Nach den Prinzipien der Natur« (BBP 6/2001). Diese Rezension gilt heute noch (siehe Seite 8). Weitere Medien berichteten vergleichbar über das Buch, wie »Edener Mitteilungen«, »Neues Deutschland«, »Eberswalder Blitz« und andere. Einschließlich der Vorstellung in der Sendereihe »OZON« des ORB-Femsehens, haben diese Veröffentlichungen maßgeblich zur großen Nachfrage beigetragen.

Nun erschien im August 2007 die vierte Auflage. Als Buchautor kann man dies zunächst mit Freude und Genugtuung verbuchen, zeigt sich damit doch das große Interesse, welches dem Thema Mulch entgegengebracht wird. Kurt Kretschmann konnte die erneute Auflage leider nicht mehr miterleben. Anerkennung und Gratulation mußte ich allein entgegennehmen. Allerdings mit gemischten Empfindungen. Dafür gibt es mehrere Gründe. **Erstens:** Die vierte Auflage ist ein unveränderter Nachdruck der zweiten (erweiterten) aus dem Jahre 2001. Ich hatte diese im Auftrag meines Freundes Kurt Kretschmann Ende 2000 eigenständig mit aufwendigem fachlichen und zeitlichen Einsatz erstellt. Der Organische Landbau Verlag Kurt Walter Lau, brachte nun entgegen den Gepflogenheiten einer kulturvollen Zusammenarbeit zwischen Buchautor und Verleger die Viertaugabe auf den Weg ohne mich vorher darüber in Kenntnis zu setzen. Vor einer Neuauflage ist ein Verlag verpflichtet, den Verfasser zu informieren, ihm Gelegenheit zu geben, das Werk zu überarbeiten oder Verbesserungen vorzunehmen. Da dies unterblieb, gibt die Auflage von 2007 den Erkenntnisstand bis Ende 2000 wieder.

Im August 2004 mußte Kurt Kretschmann aus Alters- und Gesundheitsgründen in das Bethesda-Seniorenheim Bad Freienwalde umziehen. Bis zu dieser Zeit haben wir in seinem Total-Mulch-Garten noch manch gemeinsame Experimente durchgeführt. Insbesondere zum Anbau von Topinambur. Die dabei gewonnenen Erfahrungen hätten das Buch bereichert. An dieser Stelle soll überdies bemerkt werden, daß der von den Kretschmanns 1990 auf dem privaten Grundstück bei ihrem ehemaligen Wohnhaus angelegte und mit Liebe und Hingabe betreute Total-Mulch-Garten bis August 2004 als solcher existierte. Hinweise auf einen heute noch bestehenden Total-Mulch-Garten von Kurt Kretschmann sind abwegig.

Zweitens: Vom Druck der vierten Auflage erfuhr ich erstmals offiziell aus der Zeitschrift »Natürlich Gärtnern«, Nr. 5/2007, zugestellt mit der Post am 24. 08.2007. Diese Zeitschrift wird vom gleichen Verlag herausgegeben, in dem unser Buch erscheint. Unter der Rubrik »Neue Bücher« wird dort zunächst behauptet, daß Behm mit einem Kapitel beteiligt sei. Dies entspricht nicht den Tatsachen und ist einigermaßen untertrieben. Unter dem Titel »Wie



Kurt Kretschmann (links) wäre am 2. März 94 Jahre alt geworden. Hier im Erfahrungsaustausch mit Walter Martin aus Wriezen und Rudolf Behm aus Eberswalde, beide ebenfalls begeisterte Mulch-Gärtner.

fruchtbar ist der Boden des Total-Mulch-Gartens?« liegt von Rudolf Behm der zweite fachspezifische Buchteil vor. Dort wurden die Ergebnisse unserer umfangreichen Bodenuntersuchungen zwischen 1991 und 2000 im Bad Freienwalder Total-Mulch-Garten ausgewertet und der Weg zum Eberswalder naturnahen Mulchgarten aufgezeigt. Daran waren die Fachwissenschaftler Dr. R. Marmodee, Dr. L. Reichelt, Dipl. Ing. U. Thomas, Dr. sc. Dr. h.c. H.-H. Krauß, Prof. Dr. K.-J. Endtmann, Prof. Dr. habil. G. Hofmann, Prof. Dr. habil. R. Schmidt durch Laboranalysen, mathematische Berechnungen und Manuskriptdurchsichten beteiligt. Mit diesem Bericht konnte erstmals neuartiges, fundiertes Grundlagenwissen zur Bodenfruchtbarkeit als Folge langjähriger Mulchens veröffentlicht werden. Der Verlag stufte jedoch diesen Teil als Anhang ein. Eine Leserzusage an den Verlag, welche zur Richtigstellung dieser Angelegenheiten beitragen sollte, wurde nicht gedruckt. Diesbezügliche Briefe an den Verleger (Ende August und Anfang Oktober 2007) blieben unbeantwortet.

Immerhin ist das Buch »Mulch total« doch noch so aktuell, daß es der Zeitschrift EMJournal (EM = Effektive Mikroorganismen) als Grundlage für einen zweiteiligen Beitrag mit dem Titel »Mulch und Flächenkompost« diente. Dieser erschien in den Heften 21 und 22 vom August bzw. November 2007. Die Zeitschrift EMJournal ist offizielles Organ der gemeinnützigen EMVereine in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Autoren Dr. Manfred Kriegl und Heidi Rudolph haben mehrfach Erkenntnisse aus unserem Buch übernommen. Allerdings teilweise entstellt bzw. verfälscht dargeboten. Zu dieser Sache habe ich mich in

einer 13seitigen Dokumentation geäußert. Sie trägt den Titel: Elfmal Kretschmann, neunmal Behm (so oft werden dort unsere Namen allein auf drei Seiten genannt), oder wie man im Westen unsere Erkenntnisse »aufarbeitet«.

Hier ist lediglich auf folgenden Sachverhalt hinzuweisen. Zu Beginn ihrer Beiträge bezeichnen die Autoren den fachgerechten Einsatz von Kompost, Bokashi oder Mist als etablierte Methoden. Mulch ordnen sie für solche Praktiker ein, die bereit sind, dieses Verfahren komplementär (d. h. ergänzend) hinzunehmen. Es ist nicht das erstmal, daß Bestrebungen deutlich werden, die Vorteile von Mulch total abzuschwächen oder gar zu verschweigen. So wurde ein hervorragend konzipiertes Mulchgartenkonzept für die Landesgartenschau 2002 in Eberswalde kurzfristig abgelehnt. Unter dem Titel »Mulchwirtschaft fehlte auf der Laga« hatte die »Barnimer Bürgerpost« in ihrer Ausgabe 12/2002 darüber berichtet.

Zu diesem Thema enthält bereits die erste Auflage von »Mulch total« das Kapitel: »Dem Total-Mulch-Garten stehen mächtige Gegner gegenüber«. In der Schlußbetrachtung kann man dort lesen: Wir vertreten den privaten Familiengarten, der uns saubere, in ihrer Qualität nicht zu überbietende Nahrungsmittel liefert, Erholung und Freude spendet und unser Leben bereichert. Daß der naturnahe Garten den Absatz der Industrie und Chemie einschränkt, ist eine Tatsache. Wir werden diesen Weg weitergehen, fühlen uns dazu verpflichtet aus Gründen der Vernunft, der Wahrheit und des Umweltschutzes.

Kurt Kretschmann wäre am 2. März dieses Jahres 94 Jahre alt geworden. Am 23. Februar fand im Haus der Naturpflege Bad Freienwalde ein Kolloquium statt (Seite 8). Hauptanliegen waren Fragen, wie das Erbe beider Kretschmanns in Bad Freienwalde erhalten und bundesweit bekannt gemacht werden kann. Keine leichte Aufgabe, denn das Wirkungsspektrum von Kurt und Erna für Natur, Mensch und Gesellschaft war sehr weit gesteckt. Besonders umfangreich ist das Schrift- und Bildmaterial. Das Buch »Mulch Total - Der Garten der Zukunft« ist ein Teil davon. Zusammen mit der enorm großen Zahl von Einzelbeiträgen gehört dies zur letzten Schaffensperiode. Begonnen 1990, beendet 2007.

Wir werden nach unseren Kräften dieses Werk weiterführen. Denn Mulch total bedeutet nicht allein gute Erträge an gesunden und hochwertigen Nahrungsmitteln, gesunder Boden und gesunde Pflanzen. Mit dieser Wirtschaftsweise wird zugleich ein Beitrag für den progressiven Klimaschutz geleistet, indem das Treibhausgas Kohlendioxid der Atmosphäre entzogen wird. Diesen Nachweis konnten wir durch unsere Experimente führen und bereits in der zweiten Auflage von Mulch total 2001 veröffentlichen. Auch unter diesem Aspekt bleibt »Mulch total« der Zukunft zugewandt.

»Mulch total – Der Garten der Zukunft« von Kurt Kretschmann und Rudolf Behm, 4. Auflage 2007, OLV-Verlag, 16,90 Euro, in jeder Buchhandlung erhältlich.

»Knotenpunkt« für Naturschutz und geistiges Leben

Gedenk-Kolloquium zum Erbe von Kurt und Erna Kretschmann im Haus der Naturpflege

»Bad Freienwalde kann zu einem Knotenpunkt des Naturschutzes sowie des geistigen Lebens in Brandenburg werden«, erklärte die Vorsitzende des Fördervereins Haus der Naturpflege Sybille Knospe am 23. Februar bei einem Gedenk-Kolloquium für Kurt und Erna Kretschmann. Anlässlich des ersten Todestages von Kurt Kretschmann am 20. Januar 2007 haben Freunde und Förderer des Nestors des Naturschutzes beraten, wie das umfangreiche Erbe der Kretschmanns erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Schirmherrin der Veranstaltung war die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE), die Mitglied des Fördervereins ist.

»Kurt und Erna Kretschmann waren nicht nur Mitbegründer des Naturschutzes in Deutschland, sondern auch Kriegsgegner, lebten ohne Auto, ernährten sich vegetarisch und verfolgten dennoch zielstrebig ihre Ideale. Trotz ihrer selbstbestimmten, teilweise anarchischen Lebensweise verband sie eine große Heimatliebe mit ihrer Region«, erklärte Sybille Knospe zum Motiv des Treffens. »Viele Aspekte des Lebens und Wirkens der Kretschmanns sind es wert, für die Nachwelt bewahrt und im Sinne eines reichen geistigen Lebens debattiert zu werden.« Kurt Kretschmann hatte vor seinem Tod am 20. Januar 2007 verfügt, das Land Brandenburg solle seine fachliche Hinterlassenschaft wie auch die seiner einige Jahre zuvor verstorbenen Frau erben – mit der Bedingung, daß die Materialien in Bad Freienwalde verbleiben. Das Land hatte durch seinen Ministerpräsidenten dieses Erbe auch angenommen. Dagmar Enkelmann appellierte bei dem Kolloquium an die Landesregierung, dieser besonderen Verantwortung gerecht zu werden.

»Es wäre eine bittere Ironie, wenn gerade ein sich selbst ökologisch als vorbildlich sehendes Land wie Brandenburg nicht das Nötige tut, um das einzigartige Erbe der Kretschmanns zu erhalten«, betonte sie und erinnerte daran, daß nicht allein das naturschützerische Engagement der Kret-



schmanns von bundesweiter Bedeutung sei – auch wenn das von Kurt Kretschmann geschaffene Naturschutzsymbol, die Eule, sein wohl bekanntestes Werk ist. Auf dem Kolloquium sagte die Landesregierung zu, in nächster Zeit zumindest eine vorläufige Vereinbarung mit dem Förderverein abzuschließen, um für die nächsten ein bis zwei Jahre die Nutzung des Kretschmannschen Erbes zu sichern. Desweiteren soll es seitens des Landes Zuschüsse zu konkreten Projekten geben. Dagmar Enkelmann begrüßte diese Zusagen, diese reichten aber nicht aus: »Ein größerer Beitrag des Landes ist unabdingbar, um auch den Bund und weitere Partner mit ins Boot holen zu können.«

In Bad Freienwalde selbst sind etwa 8 bis 10 so genannte Regalmeter archivalische Materialien vor allem von Kurt Kretschmanns vorhanden: Aufzeichnungen, Briefe, Manuskripte, Fotos und vieles andere mehr. Dieser Nachlaß wird gerade, finanziert vom Bund und dem NABU, gesichtet sowie für die historische For-

schung und Ausstellungen geordnet. Weitere wertvolle Zeugnisse des Lebens der Kretschmanns befinden sich in Museen und Archiven in Berlin und Neubrandenburg sowie in Privatbesitz, darunter auch Tonbänder und Filme. Dagmar Enkelmann ruft alle, die mit Kurt und Erna Kretschmann in Kontakt standen und die möglicherweise Dokumente besitzen, dazu auf, Kopien davon dem Haus der Naturpflege zu überlassen. Zum weiteren Erbe gehören in Bad Freienwalde das Haus der Naturpflege, das Blockhaus, in dem die Kretschmanns lebten, der Storchenturm sowie Gartenanlagen. Diese Liegenschaften und Grundstücke befinden sich weitgehend im Besitz der Stadt. Die Hauptarbeit zur Erhaltung des Erbes leistet der Förderverein des Hauses der Naturpflege mit rund 150 Mitgliedern. Sybille Knospe kündigte auf der Tagung für dieses Jahr u.a. eine engere Zusammenarbeit mit der Schule in Bad Freienwalde sowie mit der Naturschutzjugend an.

Pressemitteilung des Haus der Naturpflege e.V.

Werbung statt Bäume?

Eberswalde (bbp). Vor einem Jahr sind auf dem Gelände der städtischen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) in der Schönholzer Straße/Ecke Fritz-Weineck-Straße mehrere große Bäume gefällt worden. Damals hieß es, die Wurzeln der Bäume hätten die Grundmauern des dortigen Gebäudes gefährdet. Inzwischen jedoch gibt es Vermutungen, wonach die Bäume weg mußten, damit die WHG den Giebel ihres Hauses als Werbefläche nutzen kann. Auf die entsprechende Frage eines Bürgers in der Einwohnerversammlung in Finow am 27. Februar gab der WHG-Geschäftsführer nur eine ausweichende Antwort. Die damaligen Fällungen seien unter strikter Beachtung der geltenden Vorschriften und mit Genehmigung der zuständigen Behörde erfolgt.

Vernichtung von Werten

Die Schreckensmeldungen über Baumfällungen und -verstümmelungen im Landkreis Barnim reißen nicht ab. Nun ließ die Stadt Joachimsthal 16 alte Linden fällen, um einen neuen Gehweg zu bauen. Dies ohne Not, weil es bauliche Alternativen zum Erhalt der Bäume gab. Doch die waren Amtsdirektor Dirk Protzmann und Bürgermeisterin Gerlinde Schneider zu teuer. Ich bin fassungslos über solch eine ganz und gar nicht mehr zeitgemäße Geisteshaltung. Es ist eine Schande, wie leichtfertig mit Werten umgegangen wird, die Jahrzehnte brauchen, um heranzuwachsen. Tief enttäuscht bin ich über die durchsetzungsschwache Untere Naturschutzbehörde. Sie hat sich wieder mal zum Steigbügelhalter der Ge-

meindeverwaltungen gemacht und sich mit dem Erhalt der restlichen vier Linden das Deckmäntelchen des Naturschutzes umgehängt. Zudem wurden so schnell Tatsachen geschaffen, daß die Anwohner keine Chance hatten, darauf effektiv zu reagieren. Wieder ein Beispiel von bürokratischer Kurzsichtigkeit, Ignoranz und Bürgerferne. Bereits in der Vergangenheit tat sich die Stadt Joachimsthal bei Fällungen besonders hervor. Eigentlich müßte der kleine Ort seinen gesamten Straßenbaumbestand mittlerweile vernichtet haben, oder zumindest in Bälde, wenn die Akteure das Tempo der letzten Jahre so durchhalten sollten.

Dr. ANDREAS STEINER,
Barnimer Baumschutzstammtisch

Nach den Prinzipien der Natur

„Mulch total – Der Garten der Zukunft“ von Kurt Kretschmann und Rudolf Behm

„Die Natur arbeitet nach diesem Prinzip und wir sind gut beraten, wenn wir uns nach ihren Gesetzen richten.“ Mit diesen Worten beginnt Prof. Dr. Michael Succow sein Vorwort zum Buch „Mulch total – Der Garten der Zukunft“, welches im Jahr 2007 in einer vierten Auflage erscheint. Herausgeber: OLV Organischer Landbau Verlagsgesellschaft mbH, Xanten am Niederrhein.

1990 begannen die prominenten Nestoren des praktischen Naturschutzes, Kurt und Erna Kretschmann, ihren 400 m² großen Nutzgarten nach der Mulch-Total-Methode einzurichten. Von nun an wurden nicht nur Obstbäume und Beerensträucher, sondern die gesamte Gartenfläche mit organischem Material (Mulch) bedeckt. Auslöser waren die im Osten Deutschlands nach der Wende drastisch gestiegenen Wasserpreise. Aus der einfachen Absicht Wasser zu sparen, entwickelte sich eine weitreichende, ganz andere Form der Bewirtschaftung, die mit dem üblichen Gartenbau nicht vergleichbar ist. Neben geringerem Wasserverbrauch kamen rasch weitere Vorteile hinzu und von Jahr zu Jahr konnten reichere Erträge an schmackhaften, gesunden und lagerfähigen Ernteprodukten für die Eigenversorgung erzielt werden. Vielen bedrohten Tierarten ist der Mulchgarten ein Idealer Lebensraum. So entwickelte sich der Total-Mulch-Garten zu einem Experimentier- und Demonstrationsgarten, den Natur- und (Mulch)-Gartenfreunde aus nah und fern immer wieder begeistert besuchten.

Seine Beobachtungen und reichen Erfahrungen mit der Mulch-Total-Methode, die Möglichkeiten zum Schutz von Natur und heimischer Tierwelt, den Mulchgarten als Quell der Lebensfreude – all dies schildert Kurt Kretschmann im ersten Teil des Buches. »Tierische Dünger im Vergleich zu pflanzlichen Materialien«, »Mehr Mut zum Experimentieren«, »Zehn Jahre Kartoffelanbau – immer auf der gleichen Fläche«, »Der Total-Mulch-Garten im Wildschweintest«, »Das Gartenleben aus philosophischer Sicht«; dies ist nur eine kleine Auswahl von insgesamt 37 Abschnitten, in denen Kurt Kretschmann über seine schöpferisch-praktische Tätigkeit im Mulchgarten anschaulich berichtet.

Diese ungewöhnliche Gartenpraxis wird seit 1991 von Rudolf Behm, inzwischen selbst passionierter Mulchgärtner durch umfangreiche Bodenuntersuchungen wissenschaftlich begleitet. Im zweiten Teil des Buches ist dargestellt, wie sich der Bodenzustand durch das konsequente Mulchen ständig verbessert. Grafiken und die detailliert erläuterten Untersuchungsergebnisse machen deutlich, wie sich zum Beispiel Humusgehalt und Pflanzennährstoffe im Boden innerhalb der zehnjährigen Beobachtungsdauer mengenmäßig veränderten.

Aufschlußreich ist der Vergleich des Bodens vom Mulchgarten mit dem Boden der unmittelbaren angrenzenden Trockenwiese. Das auf der Wiese gemähte Gras wird nämlich als Mulchmaterial im Nutzgarten verwertet. Dadurch wird der Wiesenboden keineswegs ausgepowert, wie das Skeptiker unwissend und abwertend behaupten. All die neuartigen Befunde zeigen, daß Mulch total bei Verzicht auf mineralische und tierische Düngemittel zu einem überaus tätigen, gesunden Gartenboden von hervorragender Struktur und ausgezeichneter Nährstoffversorgung führt. Daß sich Mulchmaterialien in ihren Nährstoffgehalten ganz wesentlich unterscheiden, wird in einer Übersicht dargestellt. Praktische Tips für angehende Mulchgärtner, sowie das einführende Kapitel »Vom konventionellen Kleingärtner zum leidenschaftlichen Mulchgärtner« runden den zweiten Teil von »Mulch total« ab.

In einer Zeit, wo ökologische Wirtschaftsformen mehr als bisher gefragt sind, möchte diese Pionierarbeit von zwei privaten Kleingärtnern recht viele Anhänger für eine vorteilhafte, naturverbundene und zukunftsorientierte Mulchwirtschaft finden. Das Buch will dafür entsprechende Anregungen vermitteln.

R. B.

Wessen Saat geht auf?

Agrarpolitik am Scheideweg zwischen neuer Technologie und alten Sorten

Die BASF beantragt für 2008 den versuchsweisen Anbau von zwei Sorten genveränderter Kartoffeln in Müncheberg. Bezüglich des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen in Landwirtschaft und Forschung herrscht große Uneinigkeit in EU und Bundesrepublik. Die Mehrheit der Verbraucher ist dagegen, die Erzeuger, Verarbeiter und Vermarkter von Bio-Lebensmitteln fühlen sich bedroht; globale Firmen propagieren dagegen Nutzung und Patentierung dieser Pflanzen als die Lösung globaler Probleme wie Hunger und Umweltzerstörung.

Mit Blick auf die Konferenz zur Bio-Diversität in Köln im Mai wollen wir diesen Konflikt

mit Referenten aus beiden »Lagern« diskutieren: Mit einem Wissenschaftler, der die Sortenzüchtung durch gentechnische Veränderung befürwortet, und einem Vertreter des Vereins zur Erhaltung und Rekultivierung von Nutzpflanzen (VERN). Nach der Diskussion werden wir einen Film zum Thema zeigen.

Die Veranstaltung findet am 13. März, um 19 Uhr, im ÖkoLea Klosterdorf e.V. statt (Hohensteiner Weg 3 in 15377 Klosterdorf, <http://bildungswerk.oekolea.de>) und kostet 2 Euro.

DOREEN SCHINDLER, ÖkoLea Klosterdorf e.V.

Die Veranstaltung wird gefördert durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung.

Nichts gelernt

Ahrensfelde (bbp). Vor einem Jahr war im Zusammenhang mit der geplanten Alleefällung bei Rüditz gerichtlich festgestellt worden, daß bei Alleen das Landesumweltamt für die Erteilung von Fällgenehmigungen zuständig ist. Dessen ungeachtet hat jetzt die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim erneut Genehmigungen zur Fällung von Alleen erteilt. Im Zuge von geplanten Baumaßnahmen sollen die Alleebestände der Fichte-, Freiligrath und Jahnstraße in Ahrensfelde der Ketensäge preisgegeben werden. Dr. Andreas Steiner von der GRÜNEN LIGA hat inzwischen als gesetzlicher Vertreter des Landesbüros anerkannter Naturschutzverbände GbR Widerspruch gegen die vom Landkreis erteilten Bescheide eingelegt.

Bereits ein halbes Jahr vorher hatte die Untere Naturschutzbehörde die Fällung der Allee in der Ahrensfelder Goethestraße genehmigt. Dabei habe die Behörde auf die vorgeschriebene Beteiligung der Naturschutzverbände völlig verzichtet.



Dr. Steiner erfuhr von den Fällungen durch überraschte Anwohner, die von der am 22. Februar begonnenen Fällaktion völlig überrascht wurden. Die ausführende Firma hatte es nicht einmal für nötig befunden, den Anwohnern die Sicherung ihrer parkenden Autos zu ermöglichen. Dr. Steiner teilte mit, daß er diese Ordnungswidrigkeit beim Landesumweltamt zur Anzeige bringen werde.

Nach Redaktionsschluß kam Dynamik in den Streit um den Erhalt der Alleen in Ahrensfelde. Am 3. März berichtete die Bernauer Ausgabe der »Märkischen Oderzeitung«, daß die Fällungen in der Fichte-, Freiligrath- und Jahnstraße in Ahrensfelde gestoppt worden seien. Allerdings scheint diese Information nicht bis zu den in Ahrensfelde tätigen Fäll-Firmen durchgedrungen zu sein. Eine Anwohnerin alarmierte am Abend des 3. März per Mail: »Viel ist leider nicht mehr zu retten. Auf dem Weg zur Nachtschicht habe ich mit Grausen feststellen müssen, daß am heutigen Tag nicht nur in der Fichte- sondern auch in der Freiligrathstraße die Axt gewütet hat. Dort sind Zweige und Äste rings um die kahlen Stämme liegen gelassen worden, Hauptsache intensiv die Zeit nutzen um die Kronen der Bäume zu beseitigen.«

Serbische Fichten

Serbien gehört zu den Feinden der BRD. Im Jahr 1999 führte die BRD gemeinsam mit anderen einen Krieg gegen das Land auf dem Balkan. Neun Jahre später wurde die damals eroberte serbische Provinz Kosovo auch formal als »unabhängiger Staat« von Serbien abgespalten. Die Bundeswehr garantiert diese »Unabhängigkeit« mit aktuell 2.800 Soldaten.

In Eberswalde spielt die aggressive Weltpolitik der Bundesregierung keine Rolle – meint man gemeinhin. Doch bei der Eberswalder Friedhofsverwaltung scheint der alte Spruch »Serbien muß sterben« noch in Erinnerung zu sein. Hier ersatzweise angewandt gegen die Serbischen Fichten auf dem Eberswalder Waldfriedhof.

Offenbar als Test, wie die Eberswalder auf dieses Ansinnen reagieren, veröffentlichte die Chefin der Friedhofsverwaltung Edeltraud Schröder im Februar-Amtsblatt eine Ankündigung, wonach eine Fällung der Fichtenallee auf dem Waldfriedhof geplant sei. Ziel sei, durch Anpflanzung Rotblühender Roßkastanien »historische Strukturen« wiederherzustellen. Kriegsgründe finden sich immer.

Letzlich ist es dem Engagement einer Eberswalder Bürgerin zu verdanken, daß die Fällung der Serbischen Fichten erstmal verhindert werden konnte. Monika Bolscho, lange Jahre selbst in der Friedhofsverwaltung tätig, hatte sich Anfang Februar an die »Barnimer Bürgerpost« gewandt und auf den beabsichtigten Baumfrevl aufmerksam gemacht. Die BBP-Redaktion suchte ihrerseits die Hilfe des Baumschutzspezialisten Dr. Andreas Steiner, der sich sofort mit aller Kraft für die Rettung der Fichtenallee auf dem Waldfriedhof einsetzte. Er redete mit der Friedhofsverwaltung und der Unteren Naturschutzbehörde, welche die Fällung zu genehmigen hatte, und er machte die lokale Tageszeitung auf das Problem aufmerksam. Mit Erfolg. Bald wurde bekannt, daß die Fällungen bis zum Herbst erst einmal ausgesetzt wurden. Damit ist Zeit gewonnen, das Für und Wider der geplanten Umgestaltung auf dem Waldfriedhof eingehend zu diskutieren.

Dabei sollte diese Diskussion durchaus umfassender sein und auch den allgemeinen »Krieg gegen die Bäume« thematisieren. Die Abschaffung der Eberswalder Baumschutzsatzung vor einigen Jahren scheinen manche als Freibrief für die Kettensäge verstanden zu haben. Damit steht auf der Tagesordnung, diesen Fehler rückgängig zu machen.

GERD MARKMANN

**Beratung für
Kriegsdienstverweigerer**
mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Baumfällungen in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Mit Stolz informierten Vertreter der Eberswalder Stadtverwaltung auf der Beratung des Sprecherrates des Brandenburgischen Viertels über den 1. Spatenstich für die Skater-Aktionsfläche vor dem »Club am Wald«. Auch über den ergänzenden Bau von Fußwegen wurde berichtet. Keine Erwähnung fand, daß diese Baumaßnahmen wie üblich mit der Fällung des dort vorhandenen Baumbestandes verbunden war. Betroffen waren vor-

wiegend Pappeln, die aus den Gründerzeiten des Viertels stammen, also mittlerweile ein Alter von 25 bis 30 Jahre und damit eine stattliche Größe erreicht hatten.

»Diese Fällungen waren notwendig«, erklärte auf eine entsprechende Anfrage die Amtsleiterin Silke Leuschner. »Die Wurzeln der Bäume haben die dort befindlichen Versorgungsleitungen beeinträchtigt. Ein Erhalt der Bäume war nicht möglich.«

»Baumpflege« in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Im alten Finow sind die meisten Nebenstraßen als Alleen angelegt worden. Die Straßenbäume sind mittlerweile in die Jahre gekommen und brauchen regelmäßige Pflege. Wie diese Pflege jetzt in der Kastanienallee, der Brachlowstraße und am ehemaligen Finower Bahnhof bewerkstelligt wurde, rief allerdings den Protest von Anwohnern und des zur Hilfe geholten Ortsbürgermeisters Albrecht Triller hervor. In der Kastanienallee wurden die Arbeiten vorübergehend gestoppt. Die zuständige Amtsleiterin Katrin Heidenfelder organisierte einen Vor-Ort-Termin und veranlaßte eine Veränderung der Arbeitsweise. »Unsere Forderung war«, sagte Ortsbürgermeister Triller gegenüber der Barnimer Bürgerpost, »daß ein Teil des alten Kronenbestandes stehen bleiben sollte, möglichst nur jeder zweite Baum zurückgeschnitten wird und die großen Schnittwunden gegen Austrocknung geschützt werden. Frau Heidenfelder zeigte sich einsichtig.« Es bleibe aber die



»Baumpflege« in der Brachlowstraße in Finow.

Frage, warum die Ausführungen nicht vorher entsprechend unterwiesen wurden. In der Brachlowstraße kam die Intervention indes zu spät. Die dortige Allee bietet ein Bild der Verstümmelung. Ebenso schlimm mit den Bäumen auf dem Bahnhofsvorplatz umgegangen.

50 Meter über dem Finowtal

Eberswalde (bbp). Im Schatten der Turbulenzen um die Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Theo Steil ging das Raumordnungsverfahren (ROV) für die geplante 380-kV-Leitung Bertikow-Neuenhagen vor einem Jahr nahezu unbemerkt vonstatten, obwohl auch diese Leitung durchaus erhebliche Auswirkungen in Eberswalde hat. Die geplante Leitung quert das Stadtgebiet von Süden zwischen den Wohngebieten Finow-Ost und Brandenburgisches Viertel und führt bei Wolfswinkel über den Finowkanal und das TGE weiter nach Norden. Vorgesehen ist die Errichtung einer Freileitung mit einem Mastabstand von 400 Metern und einer Masthöhe von 50 Metern. Im Stadtgebiet sind zum Teil noch größere Höhen zu erwarten, da die vorhandene 220-kV-Leitung an die neuen Masten angehängt werden soll.

Die Stellungnahme der Stadt zum ROV blieb damals eine Sache der laufenden Verwaltung. Die Einbeziehung der Stadtverordneten beschränkte sich auf die Information im Ausschuß Bau, Planung und Umwelt. Eingebbracht wurden u.a. Forderungen nach einer Optimierung der Trasse zwischen Finow-Ost und Bran-

denburgischem Viertel, um den »größtmöglichen Abstand zur Wohnbebauung zur erreichen«, der Berücksichtigung der noch in der Schublade liegenden Straßenbauplanung der sogenannten »Wolfswinkelspanne« und die Abstimmung mit vorhandenen Bebauungsplänen und den Betreibern des Regionalflughafens.

Im jetzt eröffneten »Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung und Landschaftspflegerischem Begleitplan« will die Stadtverwaltung weitere Forderungen vorbringen. Dazu gehört die »kritische Beurteilung der Sichtbeeinträchtigungen im Stadtgebiet durch die Höhe der benötigten Masten«. Wo möglich, solle diese Sichtbeeinträchtigung gemindert werden. Dies gelte besonders für die Bereiche am Finowkanal und nahe den Wohngebieten. Vorgesehene Kompensationsmaßnahmen sollten mit der Stadtverwaltung abgesprochen werden.

Eine Ausführung der Leitung im Stadtgebiet als Erdkabel wird seitens der Stadtverwaltung nicht gefordert. Diese Variante sei, so Baudezernent Dr. Gunther Prüger, bereits im Zuge des Raumordnungsverfahrens ausgeschlossen worden.

Wohin rollt der Zug?

Die geplante Privatisierung der Deutschen Bahn AG war das Thema einer Podiumsdiskussion, zu der die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) Anfang Februar in die Seniorenresidenz Lindenhof der Brandenburg-Klinik bei Bernau geladen hatte. Gekommen waren Rolf Lutzke, Vorstandsssekretär der Bahngewerkschaft Transnet, Arnd Schäfer, Bereichsleiter Center-, Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement vom Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) sowie Anita Tack, verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag Brandenburg.

Zu Beginn machte ein Ausschnitt aus dem Film »Bahn unter'm Hammer« deutlich, wohin der Zug bei einer Privatisierung tatsächlich rollt. In Großbritannien ist der 1995 vorgenommene Verkauf der British Rail sozial und wirtschaftlich gescheitert. Fehlende Wartung und drastischer Personalabbau auf Grund eines rigiden Sparkurses der oftmals wechselnden Eigner hatten schließlich eine Serie von Zugunglücken zur Folge.

»Die Privatisierung führt zum Ausverkauf des Schienennetzes und der gesamten Infrastruktur und somit folgerichtig in die Pleite«, eröffnete Dagmar Enkelmann die Diskussion. »Zudem trägt der Bund die Verantwortung für 230.000 Beschäftigte der Bahn.« Rolf Lutzke von Transnet betonte, daß Sozialabbau und Lohndumping auch mit seiner Gewerkschaft nicht zu machen seien. Gleichwohl sei die Privatisierung nicht mehr umkehrbar, weil diese bereits 1993 vom Bundestag – von Transnet damals übrigens befürwortet – mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen wurde. Heute kämpfe Transnet dafür, so Lutzke, das Verbundsystem von Schiene und Rad zu erhalten, obwohl es keine gesetzliche Bestandsgarantie für den Konzern gebe. »Stahl auf Stahl muß bleiben«, sagte er und kündigte an: »Wenn der Konzern auseinanderfliegt, gibt's Ramba Zamba.« Wie nicht nur die Teilnahme von Lutzke an der Bahndebatte der LINKEN zeigt, kümmert sich Transnet aber schon um Bündnispartner, falls die Privatisierung gegen ihren Willen durchgezogen wird und der Gewerkschaft der Konzern wirklich um die Ohren fliegt.

Um die Zustimmung auch von Transnet zu erreichen, sieht nach neueren Informationen von Mitte Februar der geplante »Privatisie-

rungsvertrag« aber vor, daß die Bahn den 2005 geschlossenen Tarifvertrag zu Beschäftigungssicherung fortführen muß. Zudem solle die Bahn verpflichtet werden, den Gewerkschaften in einem weiteren Tarifvertrag »mindestens 15 Jahre lang« zu garantieren, daß sie die Mehrheit an den Verkehrs- und Logistikbereichen behält.

Arnd Schäfer (VBB) gab beim Forum einen umfangreichen Einblick in die wachsenden Infrastrukturdefizite bei der Deutschen Bahn, obwohl der Bund die notwendige Instandhaltung mit alljährlich rund 3,5 Milliarden Euro bezuschußt und das Fernverkehrsnetz bekanntlich eigenwirtschaftlich und gewinnorientiert betrieben wird. Auch Dagmar Enkelmann hat als Bahn-Vielfahrerin den Eindruck: »Die Bahn wird offensichtlich auf Verschleiß gefahren, die Anzahl der Gefahr- und Langsamfahrstellen nimmt zu. All das geht zu Lasten der Sicherheit.« Auch Schäfer plädierte dafür, die Bahn-Infrastruktur in staatlicher Hand zu belassen.

Anita Tack, Verkehrsexpertin der Linksfraktion im Brandenburger Landtag, bemängelt die Stilllegung von mehr als 600 Schienenkilometern in Brandenburg in den letzten Jahren. Der Umstieg der Fahrgäste auf die angebotenen Busverkehre anstelle der stillgelegten Schienenverbindungen funktioniere nicht und habe einen deutlichen Fahrgastverlust zur Folge. »Eine wirkliche Bahnreform kann nur die Erhöhung der Fahrgastzahlen zum Ziel haben«, betonte Tack. Für sie hat die Privatisierung bereits klammheimlich begonnen. Kürzlich wurden 43 Brandenburger Bahnhöfe ohne Wissen der Kommunen an eine britische Investorengruppe verkauft. »Über 70 Prozent der Bevölkerung will keine Bahnprivatisierung, denn Arbeitsplatzabbau, Lohndumping und Leistungsminimierung sind direkte Folgen.« Diese breite Ablehnung der Privatisierungspläne mache Hoffnung, sagte Tack.

Eine Rolle spielte in der Diskussion, daß gerade der Barnim die Bahnstrecken als »Lebensadern zur Natur« benötige. So käme die zunehmende Zahl von Touristen am umweltverträglichsten in die Region. Um all das umzusetzen, sei eben keine nach den Maßstäben privater Rendite, sondern eine »politisch« geführte Bahn notwendig, betonte Schäfer. Darin waren sich am Ende sicher alle einig.

LUTZ TEMPELHAGEN

Villa »Hirsch« als Begegnungsstätte

Eberswalde (bbp). Unter Bezugnahme auf den Entwurf des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) fragte Rolf Zimmermann von der Allianz freier Wähler in der Februarsitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde nach den Plänen für die sogenannte »Villa Hirsch« in der Messingwerksiedlung in Finow. Baudezernent Dr. Gunther Prüger erläuterte, daß sich die Villa im Eigentum des Walzwerkbesitzers Patrick

von Hertzberg befindet. Zur künftigen Nutzung gebe es einen Vorschlag, die Villa als Begegnungsstätte zu nutzen. Weitergehende Informationen gab es seitens des Baudezernenten nicht. Die umgebenden Gebäude einschließlich des sogenannten Torbogenhauses in der Messingwerksiedlung sind im vergangenen Jahr von der WHG grundhaft saniert worden. Auf dem ehemaligen Fabrikgelände in Richtung Finowkanal soll 2008 ein Park entstehen.

Werden Sie Baumpate!

Überalterung und Fragen der Verkehrssicherheit führen immer wieder dazu, daß Bäume, die auf den ersten Blick dekorativ erscheinen und das Stadtbild prägen, gefällt werden müssen. Über Neuanpflanzungen wird seit Jahren versucht, die Lücken wieder zu schließen.

Ihr Beitrag zur Verbesserung des Stadtbildes

Auch im Jahr 2008 ist wieder vorgesehen, Straßenbäume neu zu pflanzen. Es werden noch Standorte an öffentlichen Plätzen und entlang der Straßen gesucht, die wieder bepflanzt werden können.

Jeder Hinweis ist willkommen. Zögern Sie nicht und teilen Sie Ihre Vorschläge dem Bauamt, Frau Zierach mit (Tel. 64645, c.zierach@eberswalde.de). Innerhalb der Stadtverwaltung wird dann geprüft, ob eine Lückenbepflanzung entsprechend Ihrer Anregung möglich ist, denn nicht jeder Standort, der auf den ersten Blick geeignet erscheint, kann bepflanzt werden. Unterirdische Leitungen, die Eigentumsverhältnisse an diesem Standort oder der Bauzustand der Straße können dazu führen, daß eine Baumpflanzung nicht möglich ist.

Lassen Sie sich als Baumpaten registrieren

Patenschaft übernehmen heißt: Schützen-Helfen-Versorgen und das nicht erst im Notfall. Die jungen Bäume in Ihrer Wohnortnähe sind dankbar für jede zusätzliche Wassergabe in trockenen Witterungsperioden. Melden Sie sich beim Bauamt und lassen Sie sich als Baumpate registrieren und unterstützen Sie durch Ihren persönlichen Beitrag die Bäume beim Heranwachsen.

Pressestelle der Stadt Eberswalde

Einwohnerversammlung

Eberswalde (bbp). Text Das Thema Baumpflege, insbesondere die Wasserversorgung in trockenen Sommern, war auch ein Thema der Einwohnerversammlung im Brandenburgischen Viertel am 3. März. In der Diskussion entstand dabei der Vorschlag, daß Bürger als Baumpaten die Pflege einzelner Bäume in ihre Obhut nehmen.

Verkehrsentwicklungsplan

Eberswalde (bbp). Seit November 2007 liegt der Entwurf des Verkehrsentwicklungsplanes für die Stadt Eberswalde vor. Die Offenlage erfolgte parallel mit dem Lärmaktionsplan im Dezember. Im Februar teilte Amtsleiterin Silke Leuschner mit, daß die eingegangenen Stellungnahmen derzeit gesichtet und ausgewertet werden. Aufgrund personeller Probleme in der Stadtverwaltung und dem beteiligten Planungsbüro werde das noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Geplant sei, den Verkehrsentwicklungsplan mit den Aktionsplänen Lärm und Luftreinhaltung im Mai im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt vorzustellen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Finow (bbp). Der SPD-Ortsverein Finow hat auf seiner Internetseite (www.spd-finow.de) eine an die Bundestagsabgeordneten ihrer Partei gerichtete Protestnote veröffentlicht, in der die Genossen ihren Unmut über die kürzlich im Bundestag beschlossenen Diätenerhöhungen kundtun. »Wir finden diese von Euch mitgetragene Gehaltserhöhung unpassend und zur falschen Zeit beschlossen«, heißt es in dem Brief. Die Vergütungen der Politiker, meint die Finower SPD, sollten sich immer an den erbrachten Leistungen und der allgemeinen Einkommensentwicklung im Land messen lassen. Gleichzeitig wurden die Nebeneinkünfte und entgeltliche Tätigkeiten neben dem Mandat kritisch beäugt. Vor dem Hintergrund sinkender Realeinkommen in der Bevölkerung seien die Diätenerhöhungen »instinktos und unverschämt«.



Protestnote der SPD-Finow an die SPD-Bundestagsabgeordneten:

»Wir fühlen uns nicht vertreten«

elfmal soviel wie ein durchschnittlicher Mitarbeiter. Im Jahr 2006 war es schon das 87fache. Deshalb fordert die SPD-Finow eine Steuerreform, die den Großunternehmen deutlich mehr in die Tasche greift, um von diesen Einnahmen Arbeitnehmer und Kleinunternehmer stärker zu unterstützen und den Staat für gemeinschaftliche Aufgaben wieder finanziell handlungsfähiger zu machen.

Inhalt der Protestnote war auch die Gesundheitsreform, welche die Patienten belastet, die Rente erst mit 67 sowie die Einsparungen in der Bildungspolitik bei Schulausrüstung, den Lehrern und nicht zuletzt an guten staatlichen Schulen. Angeschnitten wurde der durch die Bundespolitik gestützte Privatisierungswahn am Beispiel der Deutschen Bahn und andere Formen der Verschönerung von Volkseigentum. Die SPD Finow bezeichnet die gegenwärtige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als verfehlt. Die Agenda 2010 samt Hartz-Gesetzgebung sei in eine politische Sackgasse gemündet. Den Bundestagsabgeordneten wird vorgeworfen, daß kein politischer Wille erkennbar ist, eine Beschäftigungspolitik zu fahren, welche die Arbeitslosenquote nicht nur auf dem Papier statistisch schön, sondern massiv reduziert und endlich existenzsichernde, nachhaltige Arbeitsplätze schafft.

Die SPD-Finow dinstanziert sich ausdrücklich von der Regierungstätigkeit der meisten SPD-Abgeordneten im Bundestag. Diese Politik verdiene nicht den Anspruch, als sozialde-

mokratisch bezeichnet zu werden. Die Parteaustritte und die verlorenen Wahlen der letzten Jahre seien ein deutliches Zeichen für den Frust unter den SPD-Mitgliedern und den Wählern. »Wir fühlen uns nicht vertreten«, stellt die SPD Finow unmißverständlich fest. Sie sehen ihren engagierten Einsatz bei den Wahlkämpfen der vergangenen Jahre von den Bundestagsabgeordneten »mit Füßen« getreten. »Wir wollen«, heißt es in der Protestnote, »nicht länger Steigbügelhalter für Wahlkreis kandidatinnen und -kandidaten sein, die ihr Amt scheinbar zu einem nicht unwesentlichen Teil zur finanziellen Selbstbedienung aus dem Steuersäckel mißbrauchen«. Eine Kritik, die offensichtlich auf die Tätigkeit der Wahlkreisangeordneten Markus Meckel und Petra Bierwirth abzielt. Die Finower Genossen fordern von den Volksvertretern, sich endlich mit voller Kraft für Sachpolitik im Sinne der Bürger vor Ort einzusetzen und Impulse der Parteibasis nach vorn zu tragen.

Auf die Protestnote angesprochen, sagte Webmaster und Pressesprecher der SPD Finow Dr. Andreas Steiner: »Unser Ortsverein hat den Mut, das öffentlich anzuprangern, was die Bürger erbost. Es ist klar, daß das einigen Bundestagsabgeordneten nicht schmeckt. Doch wir sind einzig und allein dem Volk verpflichtet. Zudem macht sich die SPD in der Großen Koalition zum Steigbügelhalter der Union, obwohl es auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner eine Mehrheit links der Mitte gibt, die der Kanzlerin schon heute das Mißtrauen aussprechen könnte.«

Die Protestnote geht auf Mehrbelastungen einer verfehlten Reformpolitik ein, wie die Mehrwertsteuererhöhung auf 19 % und die Steuern auf Sprit auf Rekordniveau bei gleichzeitiger Kürzung der Pendlerpauschale. Letzteres, obwohl noch vor wenigen Jahren eine höhere Flexibilität verlangt wurde. Deutliche Schelte erhielt die Bundespolitik, weil sie im Sinne der Konzerne und Kapitalgesellschaften agiert und die Gesellschaft immer mehr spaltet; Reiche immer reicher und Arme immer ärmer macht. Anhand der Managervergütungen werde deutlich, daß die Gehälter zwischen den Vorständen und Mitarbeitern immer weiter auseinandergehen. Im Jahr 1995 verdiente ein Vorstandsmitglied der Deutschen Post noch

(Fast) pünktlich zum diesjährigen Welttag des Wassers am 22. März haben sich die Damen und Herren Vorstände und Geschäftsführer der im sog. Wasserverbandstag zusammengeschlossenen Zweckverbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung einen Geniestreich einfallen lassen – die Beiträge für Altanschlüsse. So neu ist die Idee zwar nicht, der ZWA Eberswalde ist vor 10 Jahren damit gescheitert, aber nichts scheint so schlecht und so verdorben, daß man es nicht erneut ausbuddeln könnte. Da Herr Hein mit Beiträgen für Altanschlüsse vermutlich nicht noch einmal Schiffbruch erleiden will, denkt er jetzt laut über gesplittete Gebühren nach. Die Kunden des ZWA Eberswalde werden das aufmerksam gelesen haben. Es stand in der MOZ vom 28.02.2008.

Schon der bloße Hinweis auf den Einigungsvertrag dürfte ausreichend sein, solche Planungen ad absurdum zu führen. Aber auch praktisch kann das nicht funktionieren. Wie will ein Dienstleister Beiträge für Anlagen kalkulieren und erheben, die er gar nicht gebaut hat? Ist die Ver- und Entsorgung mit Wasser über Rohre aus DDR-Zeiten teurer, als im Falle von »West«-Rohren? Hier dürfte jeder Verband, der auf die absurde Idee verfallen sollte, unterschiedliche Gebühren zu fordern, in Kalkula-

Wasser in Bürgerhand - W!B - Aktionsgruppe Barnim

Sittenwidriges Verhalten der Landesregierung

tionsnöte geraten. Hier hätten sogar landeseigene, gleichgeschaltete Richter einmal die Möglichkeit zu beweisen, daß sie dem Gesetz, und zwar nur dem Gesetz verpflichtet sind. Vorerst bleibt, der Landesregierung dringend zu empfehlen, solchen erneuten Unfug – um es nicht deutlicher zu sagen – nicht zuzulassen. Immerhin wäre das ein Versuch, Vertrauen in den Rechtsstaat, das es schon lange nicht mehr gibt, wieder wachsen zu lassen. Das wäre besser, als zu bedauern, wenn erneut ein »Kind in den Brunnen gefallen ist«.

In der gleichen Zeitung konnten wir unter dem Stichwort »Bodenreform« auch lesen, daß Herr MP Platzeck bedauert, eine andere – zu deutsch falsche – Rechtsauffassung gehabt zu haben. Muß ich mir da Sorgen um die Kompetenz der Landesjustizministerin und der ihr unterstellten gut bezahlten Volljuristen machen? Fehlerhafte Rechtsauffassungen ziehen sich wie ein roter Faden vom Ministerpräsidenten über die Ministerien bis hin zu Kreis- und Gemeindeverwaltungen. Sie haben zweierlei gemeinsam: Sie sind diktiert von Land- und Geldgier zum Schaden der Bürger und wer-

den erst dann korrigiert, wenn Richter, die nicht von der Landesregierung ernannt werden, also Bundesrichter, diesen Behörden gesetzeswidriges, zumindest aber sittenwidriges Handeln nachgewiesen haben. Das erinnert fatal an den Verbrecher, der immer nur das zugeht, was man ihm beweisen kann.

Es wird eines der bestgehüteten Geheimnisse des Herrn MP bleiben, wie er den Begriff »Vertrauen in den Rechtsstaat« überhaupt in den Mund bekam hat. Ich kenne nicht viele, die Deutschland noch für einen Rechtsstaat halten. Das ist wohl eher die Beschwörung eines Phantoms. Daß das Land Brandenburg nicht gerade eine Leuchte in diesem Staat ist, das wissen die Brandenburger seit Jahren. Zumindest wurde aber einmal mehr deutlich, daß durchaus Zweifel angesagt sind, wenn die Landesregierung von sich behauptet, rechtsstaatlich und gesetzeskonform zu handeln. Trau, schau wem! Vertrauen ist nicht angesagt. Kontrolle unverzichtbar, auch damit irgendwann wieder mit gutem Gewissen von einem Rechtsstaat gesprochen werden kann.

JOHANNES MADEJA

Flugplatzdiskussion bei der Linken

Jörg Schneidereit zum neuen Vorsitzenden Der Linken Eberswalde gewählt

Eberswalde (bbp). Am 22. Februar trafen sich die Linken aus Eberswalde, um einen neuen Ortsvorstand zu wählen und über die künftigen Aufgaben zu diskutieren. Zunächst legte Jörg Schneidereit im Namen des dreiköpfigen Sprecherrates, der nach dem Rücktritt der Vorsitzenden Maria Kausch seit Anfang 2007 die Geschicke des Ortsverbandes geleitet hatte, Rechenschaft über die Tätigkeit der vorangegangenen Wahlperiode ab. Dabei hielt er mit seiner Freude nicht hinterm Berg, daß die Linke nach den Wahlerfolgen in Hessen und Niedersachsen endgültig auch im Westen angekommen sei. Er äußerte seine Zuversicht, daß die Wahl in Hamburg, zwei Tage nach der Mitgliederversammlung, ebenso glücklich für die Linke ausgehen werde. Höhepunkte der Eberswalder Linken waren im Jahr 2007 Aktionen zum Internationalen Frauentag, am 1. Mai und der mit erheblichem organisatorischen Aufwand verbundene »Rote Sommer«. Gemeinsam mit anderen politischen Kräften habe man Unterschriften für das Sozialticket oder gegen den Ausbau der Braunkohletagebaue gesammelt. Mit rund 50 Teilnehmern aus Eberswalde beteiligten sich die Linken an den Protesten gegen das G8-Treffen in Heiligendamm. Erfolgreich gestaltete sich die Zusammenarbeit mit den Basisgruppen einerseits und der StVV-Fraktion andererseits. Vieles sei begonnen und bedarf weiterer Anstrengungen. Dabei stehe im Jahr 2008 zweifellos die Kommunalwahl am 28. September im Mittelpunkt der politischen Arbeit.

Jörg Schneidereit erklärte sich bereit, künftig als Vorsitzender des Stadtverbandes daran mitzuwirken. Mit 49 von 50 abgegebenen Stimmen erhielt er das Vertrauen seiner Genossen. Er wird unterstützt von Karin Wagner (50 Stimmen), Karl Diedrich (41), Torsten Duckert (44), Klaus Fahrak (42), Klaus Drogoin (41) und Udo Wolfgramm (38). Da aufgrund der bei den Linken vorgeschriebenen Quotenregelung mindestens 50 % der Gremien mit Frauen zu besetzen sind, sich aber nur eine Kandidatin fand, bleiben 4 für Frauen reservierte Plätze im neuen Vorstand unbesetzt. Demgegenüber reichten Karl-Heinz Kuntzsch als dem sechstem männlichen Bewerber die 32 für ihn abgegebenen Stimmen nicht für die Wahl in den Stadtvorstand aus.

Nach dem Referat des Kreisvorsitzenden und Kreiswahlkampfleiters Lutz Kupitz zur Vorbereitung der Kommunalwahlen und den Ergebnissen einer von den Brandenburger Linken in Auftrag gegebenen EMNID-Studie, entspann sich eine interessante Diskussion. In deren Mittelpunkt stand ein von der AG Umwelt eingebrachter Antrag gegen den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Eberswalde-Finow zum Regionalflughafen. In der Begründung wird auf Aktivitäten der Bundespartei Bezug genommen. So melde sich in regelmäßigen Ab-

ständen die Bundestagsfraktion mit Anträgen zu Wort, in denen es u.a. um die Verlagerung des Kurzstreckenflugverkehrs auf die Bahn und die Einführung einer Kerosinsteuer oder -abgabe geht. Zuletzt meinte die Verkehrsexpertin der Linken im Bundestag Dorothee Menzer im November 2007: »Regional-Flughäfen und Billigflüge, die verkehrspolitisch sinnlos sind, werden mit Millionen-Zuschüssen gefördert. Das müssen die Linken in den Ländern auf die Tabu-Liste setzen«. Im Jahr 2003 hatte sich die PDS Eberswalde in ihrem Kommunalwahlprogramm noch für einen »maßvollen Ausbau des Flugplatzes Finow unter Beachtung der Bürgerinteressen und Umweltbelange« ausgesprochen. Der jetzt geplante Ausbau sei aber weder maßvoll, noch würden die Bürgerinteressen und Umweltbelange ausreichend berücksichtigt. Auch seien die Aussagen zum Bedarf sehr fragwürdig. Das solle bei der Erarbeitung des aktuellen Kommunalwahlprogramms berücksichtigt werden. Die AG Umwelt schlug vor, ihren Antrag bis zur nächsten Mitgliederversammlung in den Basisgruppen der Linken zu diskutieren.

Der Antrag der AG Umwelt erntete sogleich vehementen Widerspruch seitens der Verfasser einer im Januar verbreiteten Pressemitteilung der Kreistagsfraktion, des Kreisvorstandes und der Landtagsabgeordneten Ralf Christoffers und Margitta Mächtig. Lutz Kupitz erläuterte die Stellungnahme der Kreistagsfraktion und verwies auf die Bedarfsgutachten der Flugplatzbetreiber. »Wir können nun darüber entscheiden, ob wir einen Regionalflughafen woanders wollen oder hier«, sagte Kupitz. Die Kreistagsfraktion habe sich für Finow ausgesprochen. Auch Ralf Christoffers sprach davon, daß der Bedarf von Flugkapazitäten trotz des BBI in Schönefeld nachgewiesen sei. Einig sei man sich darin, keine öffentliche Mittel einzusetzen. Margitta Mächtig bekräftigte die von ihren beiden Kollegen vorgebrachten Argumente. Der Stadtverordnete Hans Pieper erläuterte schließlich, warum er im Januar gegen die städtische Stellungnahme zum Flugplatz gestimmt hatte. Er sei generell für einen Flugplatzausbau, aber nur bei festgeschriebenem Nachtflugverbot. Dieses strikte Nachtflugverbot sei aber nach einem Antrag der SPD aus der Stellungnahme herausgenommen worden.

Weitere Diskussionsthemen waren das Sozialticket, der Kommunal-Kombi, Aktivitäten der AG Senioren sowie bevorstehende Aktionen, wie die geplante Blumenverteilung zum diesjährigen Frauentag.



Jörg Schneidereit

»Altern in Würde«

Senioren-Mitwirkungsgesetz gefordert

Die AG Senioren DIE LINKE hatte zu einer öffentlichen Veranstaltung, zum Thema »Die Seniorenpolitischen Standpunkte der Bundestags- und Landtagsfraktion der Partei« eingeladen, die von über 60 interessierten Personen gut besucht war. Unsere Landtagsabgeordnete Irene Wolff-Molorciuc, Landesvorsitzende der Volkssolidarität, machte inhaltlich sehr interessante Ausführungen unter dem Motto »Altern in Würde« und erläuterte die Eckpunkte der Fraktion für ein Senioren-Mitwirkungsgesetz für das Land Brandenburg. Sie begründete an zahlreichen Beispielen die Notwendigkeit gesetzlicher Bestimmungen, wie sie es in Berlin als einzigem Bundesland bereits seit 2006 gibt. Die vielen Initiativen von Seniorenbeiräten, Vereinen und Verbänden, ihr Mitspracherecht in den Kommunen, müssen eine rechtlich verbindliche Verpflichtung für die Städte und Gemeinden und für das Land erhalten. Das Gesetz soll die bestehenden Mitwirkungsrechte von Seniorenorganisationen fixieren, ausbauen und vereinheitlichen, eine gemeinsame Interessenvertretung auf Landesebene installieren sowie deren Aufgaben und Rechte in der Kreis- und Gemeindeordnung verbindlich regeln. In der Diskussion wurden gute Erfahrungen und bestehende Mängel dargelegt durch Vertreter des Seniorenbeirats der Stadt, durch die Kreisvorsitzende der Volkssolidarität und weitere Gäste.

Schlußfolgernd die Meinung aller Anwesenden: Die Forderung nach einem solchen Gesetz, das generationsübergreifend die aktive Beteiligung der Senioren am sozialen, kulturellen und politischen Leben fördert, deren Erfahrungen und Fähigkeiten nutzt, ist für die immer größer werdende Gruppe der Bürger aktuell dringend gegeben! Deshalb sollten die anderen Fraktionen die Vorschläge der LINKEN unterstützen!

GÜNTER HOF

Kommunal-Kombi

Hartz IV war ein schwerer Fehler der Bundesregierung und dieses Angebot zum Kommunal-Kombi ist eine Hilfskrücke für dieses Hartz IV. Wir sehen den Kommunal-Kombi nicht als Ersatz für notwendige Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsplatzsituation auf dem ersten Arbeitsmarkt, sondern dennoch als Einstieg in den von den LINKEN seit langem geforderten Öffentlichen Beschäftigungssektor.

Durch den Kommunal-Kombi wird die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen für drei Jahre gefördert. Hiervon profitieren besonders Langzeitarbeitslose und Ältere, die ansonsten nicht sofort auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einen Job finden. Der Verdienst der so Beschäftigten kann aus Sicht der LINKEN schon einen Mindestlohn darstellen, wie er ja gegenwärtig in der politischen Debatte ist.

MARGITTA MÄCHTIG

Der Monat begann trübe, da wir uns gleich am 1. Februar von einer sehr guten Au pair Freundin verabschieden mußten. Zwei weitere folgten im Laufe des Monats. Unsere Reihen lichten sich. So feierten wir am 3. Februar meinen 20. Geburtstag in leicht angeschlagener Stimmung. Wie bestellt fiel an diesem Tag der erste feine Schnee vom Himmel und verschönerte Saltsjöbaden. Leider blieb er nicht lange liegen, aber es sah es sehr schön aus. Ich habe das Glück einen sehr milden Winter hier in Schweden zu erleben. Das Wetter ist wie bei uns im Barnim und die schwedischen Zeitungen schreiben, daß dies der mildeste Winter seit 450 Jahren sei. Umsomehr freute ich mich dann natürlich über die weiße Pracht an meinem Geburtstag.

In meinem Zimmer angekommen machte ich mich erstmal über die vielen Päckchen und Karten her, die ich geschickt bekommen hatte. So gegen 11 hörte ich Krach aus dem Flur und dann stand auch schon meine schwedische Familie in meinem Zimmer und sang mir das schwedische Geburtstagslied »*Jag mår hon lever!*« (»*Hoch sollst du leben!*«). Beladen waren Sie mit Frühstück, Blumen, Kerzen, einer Princesstorta (Marzipantorte, schwedische Spezialität) und mit den Geschenken für mich. Dann saßen wir gemeinsam über eine Stunde in meinem Zimmer, aßen Frühstück und Torte, ich packte meine Geschenke aus (von denen ich



Abschied: Am 1. Februar wurde Sarah (links), die ihr Au-Pair-Jahr abbrach und nach Deutschland zurückkehrte, von ihren Freundinnen Ulrike (Mitte) und Marie (rechts) verabschiedet.

sehr begeistert war) und wir alberten rum. Ich glaube als Au pair kann man sich keinen schöneren Geburtstag mit seiner Familie vorstellen. Ich war also sehr glücklich. Dann backte und vorbereitete ich noch ein paar Sachen für meine eigene Party mit meinen Freunden. Als alle gegen 3 eintrudelten, gab es erst mal Kaffee und Kuchen und dann philosophierten wir über die Sachen, die wir am Anfang unseres Jahres hier alles falsch gemacht haben. Wir stellten fest, daß ich mir ganz schöne Sachen geleistet habe, die ich vielleicht bei Gelegenheit hier mal erwähnen sollte. Wir konnten jedenfalls köstlich darüber lachen.

Eine Woche später war ich am Wochenende zweimal zum Tanz und feierte meinen Geburts-

Ein Jahr in Schweden: Siebenter Monat – Februar

»Februar ist wunderbar!«

Marie Lange arbeitet als Au Pair in einer schwedischen Familie. In der »Barnimer Bürgerpost« berichtet sie regelmäßig über ihre Erlebnisse und Erfahrungen. »Der Februar war einer meiner schönsten bisherigen Monate im ganzen Au-pair-Jahr«, läßt sie uns wissen. Sie feierte ihren 20. Geburtstag, spielte die »Dame aus der Torte« und kam endlich auch außerhalb ihrer Familie mit Schweden in näheren Kontakt.

tag nach. Dabei lernte ich Per, einen echten Schweden mit blonden Haaren und blauen Augen kennen. Ich war darauf sehr stolz, denn es ist hier fast unmöglich, schwedische Kontakte zu knüpfen. Meine Schwedisch-Lehrerin sagte, es ist sehr schwer mit einem/ner Schweden/in Freundschaft zu schließen, aber wenn man einen/e schwedischen/e Freund/in hat ist es meist eine sehr gute Freundschaft. Ich habe Per seitdem noch zweimal getroffen und bin eigentlich nur froh, daß ich mal schwedisch sprechen kann. Mit den Gasteltern redet man zu wenig, als das man seine Sprachkenntnisse verbessern könnte. Ich rede sehr viel mit den Kindern, aber der Wortschatz bleibt dann auch nur auf einem Kinderlevel hängen.

Die große Überraschung: Ich war vom 15. bis zum 18. Februar in Deutschland. Nach sechs Monaten endlich wieder in meiner Heimat. Erstaunt mußte ich feststellen, daß Eberswalde nur eine Hauptstraße hat. Nach Stockholm empfand ich Eberswalde doch eher als klein. Auch fiel mir auf, wie anders doch die Landschaft im Barnim und in der Uckermark ist. In Stockholm und Umgebung ist es sehr bergig, man kann vielen Felsen sehen und natürlich das Wasser. Dagegen ist Brandenburg richtig flaches Land.

Anlaß meines Heimatbesuchs war die Goldene Hochzeit meiner Großeltern. Außer meinen Eltern und Freunden wußte keiner, daß ich komme. So überraschte ich meine ganze Familie. Es war einfach toll. Meine erste Handlung in Deutschland war der Einkauf von Geschenken für meine Gastkinder und einem großen Glas Nutella. Dann ging es zur Dönerbude. Ich genoß meinen ersten vernünftigen Döner nach 6 Monaten. Die Schweden kennen Döner auch, nehmen dafür aber anderes Fleisch, weshalb ich den hier nicht essen mag.

Dann ging's nach Hause und meine besten Freunde besuchten mich. Ich servierte ihnen schwedisches Essen (Köttbullar (Bouletten) und Pannkakor (Pfannkuchen)). Am nächsten Morgen genoß das Frühstück mit meiner Fami-

lie. Es geht doch nichts über einen schönen gedeckten Frühstückstisch mit frischen Brötchen, Eiern, frischer Wurst und Käse, Marmelade, Honig, Nutella usw. In Schweden sieht die Frühstückskultur, jedenfalls in meiner Familie etwas anders aus. Sie essen nämlich immer oben bei sich im Bett und ich habe mir deshalb auch angewöhnt in meinem Zimmer zu essen. Gemeinsam mit meinem Fernseher und ein wenig Musik nehme ich dann immer mein Essen ein. Man gewöhnt sich daran und ganz ehrlich, manchmal bin ich echt froh, essen zu können was ich will (die Kinder dürfen nämlich keine süßen Sachen zum Frühstück essen). Aber zu Hause ist es doch am schönsten.

Zur Feier der Goldenen Hochzeit fuhren wir nach Schwedt. Ihr müßt euch die ganzen überraschten Gesichter vorstellen, die ja mit mir überhaupt nicht rechneten. Ich gratulierten meinen Großeltern und Sie wußten gar nicht was sie sagen sollten. Es war ein wunderbares Gefühl einen großen Teil seiner Familie wiederzusehen. Ich machte mich über den selbstgebackenen Kuchen (die Schweden kaufen Torte immer nur) und das Büfett her. Ich habe ganz vergessen wie toll doch Mischgemüse schmeckt und deutsches Brot. Meine Begeisterung fürs Essen sorgte dafür, daß ich von mehreren gefragt wurde ob ich in Schweden nichts zu essen bekomme. Was natürlich nicht stimmt, denn ich werde leider zu gut versorgt.

Deshalb bin ich seit Januar dabei, relativ regelmäßig eine halbe Stunde joggen zu gehen. Dann sieht man mich schon mal bei 3 Grad Plus in ¾ Hosen und Trainingsjacke durch Saltsjöbaden laufen. In Deutschland hätte ich jeden, der so was macht für verrückt erklärt, hier in Schweden ist das total normal und Jogger werden hochgeachtet. Die Schweden sind eh sportbegeistert. Der Gastvater einer meiner Freundinnen, fährt erst mit dem Rad zu der Stelle wo sein Kanu liegt und dann mit seinem Kanu weiter zur Arbeit.

In der letzten Februarwoche wollte ich mich eigentlich sehr entspannen. Die Familie ist in den Urlaub gefahren und ich wollte im Haus bleiben, um mich ein wenig erholen. Doch dann drückten sie mir ein A4-Blatt mit Aufgaben in die Hand. Letztendlich habe ich in dieser Woche mehr gearbeitet als sonst. Mal ganz abgesehen davon, daß die Aufgaben eigentlich nicht zu denen eines Au pairs gehören. Nach dieser Woche hätte ich gerne mal Urlaub.

Viele Grüße aus dem Land der Elche (ich habe noch keinen in freier Wildbahn gesehen).

Hejdå MARIE

RTL und die Höhen der deutschen Leitkultur

Es gibt Dinge, mit denen ein auch nur einigermaßen hygienebewußter Mensch nicht umgeht – mit gebrauchtem Klopapier, Gammelfleisch oder der BILD-Zeitung.

Es gibt aber Vorgänge, bei denen der uns von Natur aus eigene Ekel blockiert wird und mit ihm das Schamgefühl und damit auch die Würde des Menschen, von der das Grundgesetz gleich ganz vorne vermeldet, daß sie unantastbar sei. Babystrich, Obdachlosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und Kinderarmut klammern wir einfach mal aus. Und verstoßen so gegen die Verfassung, sei es drum. Tatsache ist, wenn nur genug Leute mitmachen, wenn lange genug dafür getrommelt und gepfeifen wird, wenn die Brüllblätter verkünden, etwas sei »in«, »angesagt« oder »hipp«, lassen wir uns Sachen schmackhaft machen, die uns, hätten wir alle fünf Sinne und unser Hirn beisammen, heftigen Würgereiz verursachen würden.

Wie sonst wären das »Phänomen« Roland Koch oder die Einschaltquoten der Primatensender zu erklären?

Der französische Satiriker und Karikaturist Chavall hat diese Erscheinung kollektiver Vernunftblockierung auf die ironisch-imperative Formel gebracht: »Eßt Scheiße – zehn Millionen Fliegen können nicht irren«.

Dieser Tage ging wieder was Einschlägiges ab. Und zwar im Sender RTL, der sich um die Bildung der Deutschen seit Jahren intensiv bemüht und für dessen übrige Sauereien und Dummheiten Günter Jauch das Feigenblatt macht. Geld stinkt nicht, ganz im Gegensatz zu dem Morast, in dem sich ein paar sogenannte Promis gegenseitig die Blutegel aus den erogenen Zonen klauben. Wenn sie nicht gerade junge Nattern fressen oder ihre Socken waschen oder sich beschimpfen.

Von einem Hochsitz aus läßt ein gewisser Dirk Bach, anmutend wie ein Wesen zwischen übergewichtigem Engerling und Zehntalersau, ununterbietbaren Blödsinn ab, wobei ihm eine Frau Zietlow assistiert, deren Auftreten alles, was in Männerwitzen über Frauen je geäußert wurde, in den Schatten stellt. Zwei arme Würstchen; im Grunde Fälle für die schnellen Au-

tos der Johanniterhilfe, bei denen Zwangsjacken für Extremschizophrene zur Standardausrüstung gehören.

Von beiden soll, wie Flachblätter verkünden, übrigens die Bereitschaft vorliegen, auch die nächste große Show zu modderieren, die RTL plant. Titel: Arsch auf, Arsch wieder zu – und raus bist du!

Die »Philosophie« des Spektakulums sieht vor, Promis bei dem zu beobachten, und zwar direkt, was sie bisher nur verbal taten – Scheiße abzusondern. Dem Sender liegen Bewerbungen vor von D. Bohlen, Mario Barth, Verona gewesene Feldbusch, dem amtierenden Generalsekretär der CDU und dem anonymen »Retter vor dem Papierkorb« einer vor allem wegen der (Todes-)Anzeigen benutzten Regionalpostille.

Pro Promiklo werden vier Kameras und vier Mikros installiert, es wird Nah- und Nächstaufnahmen geben usw. Lassen wir uns überraschen, was die Repäsentanten deutscher Leitkultur auf die Waage bringen – denn über Verbleib oder Anschluß mit anschließendem Rauschmiß wird auch die – unter notarieller Aufsicht gewogene – Masse entscheiden. Und gewiß werden sich »Medien« hergeben, der Masse schmackhaft zu machen, wie entscheidend die Masse ist.

Und das große Rätselraten wird weitergehen, wie es denn zu erklären sei, daß alle Werte verfielen, daß die Jugend nicht mehr zwischen gut und böse unterscheiden könne und auf alle Moral pfeife, wenn es nur ums rasche Geld geht. Und es wird sein wie immer – die Schulen werden ihr Fett abkriegen, die Jugendämter und natürlich die Eltern. Und es wird ein Schrei des Entsetzens durch Deutschland gehen, wenn wieder irgendwo zwischen Arkona und Zugspitze verwaahlte Kinder aus verdreckten, verlausten und verwanzten Wohnungen befreit werden, kleine Kinder mit übervollen Windeln, größere, die sich ihre Essenreste mit Schaben teilen mußten.

Und später am Abend wird es weiterhin und wieder heißen: »Frieda, mach mal Fernseh'n an, dat Dschungelcamp kommt«. Viel Spaß!

Dr. STEFFEN PELTSCH

Erfolgreich gepokert

Spende geht an Wasserturm und Maria-Magdalenen-Kirche

Am 8. Februar fanden sich 65 vorwiegend Jugendliche im Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel zum ersten Pokerturnier des Kinder- und Jugendparlamentes (KJP) im Jahr 2008 ein. Das Turnier dauerte gut fünf Stunden. Die drei Gewinner des ersten KJP-Turniers im Oktober 2007 (53 Teilnehmer) nahmen auch teil, scheiterten jedoch bereits in der Vorrunde. Für den Finaltisch qualifizierten sich sieben Pokerer. Anders als im letzten Jahr führte das KJP ein Punktsystem für den Finaltisch ein. Denn das KJP will in jedem Quartal ein Pokerturnier veranstalten. Am Ende des Jahres

wird dann der »Spieler des Jahres« gekürt.

Hier die Finalisten: Francesco Baatzsch (Gewinn Poker-DVD) 10 Punkte, Nico Csadseck (Gewinn Kinogutschein) 7 Punkte, Dennis Mielke (Gewinn Poker-Buch) 6 Punkte, Mike Lautenbach 5 Punkte, Sven Ludwig 4 Punkte, Gordon Berghof 3 Punkte, Fred Berndt 2 Punkte,

Die Einnahmen werden wieder gespendet. Dieses Mal gehen sie je zur Hälfte (jeweils 50 Euro) an den Förderverein für den Wasserturm und an die Maria-Magdalenen-Kirche.

MARTIN HOECK, KJP-Vorsitzender

Sudoku

Heute beschäftigen wir uns im Rahmen der Serie zum Jahr der Mathematik mit einem Thema der »Unterhaltungsmathematik«.

Seit ca. 2 Jahren finden wir verstärkt in Zeitungen und Zeitschriften Sudoku Rätsel. Diese Rätselart ist nicht neu. Vor dieser Modeerscheinung nannte sie sich Magisches Quadrat. Als übliches Sudoku bezeichnet man ein 9*9-Quadrat, welches in 9 3*3-Quadrate aufgeteilt ist, und in dem die Zahlen 1 bis 9 so einzusetzen sind, daß in jedem der 3*3-Quadrate, den Spalten und den Zeilen des 9*9-Quadrats jede Zahl genau einmal vorkommt. Einige Zahlen sind bereits in der Tabelle eingetragen. Die Aufgabe besteht nun darin den Rest auszufüllen. Das Rätsel soll eindeutig lösbar sein.

Mitteilenswert scheinen nur zwei Tatsachen, nämlich wie viele Sudokus gibt es, und die Mindestanzahl von Zahlen ist, mit denen ein Sudoku ausgefüllt werden muß:

Es gibt 6.670.903.752.021.072.936.960 verschiedene Sudokus, also rund 6,671*10²¹. Die derzeit kleinste bekannte Anzahl von Einträgen in ein Sudoku beträgt 17.

	8		2	6				
1	6							
6	1			4				
	9					3		
						7		5
								1
				7				8
		7		3				

Rein mathematisch betrachtet, stellt ein Sudoku die Lösung eines Ungleichungssystems mit 81 Variablen dar. Ohne auf Details einzugehen, handelt es sich um ein Problem der ganzzahligen linearen Optimierung. Basis für solche Optimierungsaufgaben sind das vom US-amerikanischen Mathematiker George Dantzig im Jahre 1947 entwickelte Simplex-Verfahren oder das 1984 entwickelte Verfahren von dem in den Bell Laboratories USA arbeitenden Mathematiker Narendra Karmarkar.

Moderne Lösungsverfahren für solche Aufgaben beruhen auf den Branch-and-Cut-Verfahren, die oft in Softwarepaketen integriert sind, ohne daß der Anwender davon weiß. Solche Software löst Sudokus innerhalb weniger Sekunden. Anwendung finden die ganzzahligen linearen Optimierungen in den Bereichen Telekommunikation, Logistik und Nahverkehr.

In der BRD befindet sich der Forschungsschwerpunkt für ganzzahlige lineare Optimierung am Zuse-Institut in Berlin, von dem auch das hier verwendete Sudoku stammt.

Dr. ULRICH POFAHL

Spendenkampagne erfolgreich

Eberswalde (bbu). Der Spendenaufruf der Bürgerstiftung Barnim Uckermark hat Erfolg gezeigt. 27 Personen und Unternehmen haben zusammen 1.355 Euro für die vietnamesischen Betreiber eines Imbisses im Eberswalder Leibnitz-Viertel gespendet, der im September 2007 von rechtsextremen Jugendlichen in Brand gesteckt wurde. Das Geld wurde von der Stiftung in der Zwischenzeit überreicht. Zuvor konnten bereits 3.000 Euro Soforthilfe durch zwei Hilfsorganisationen und die Barnimer Jugendinitia-

tive »Light me Amadeu« zur Verfügung gestellt werden. Der Bürgermeister der Stadt Eberswalde, Friedhelm Boginski, besuchte den Imbißbetreiber kurz nach der Wiedereröffnung des Imbißstandes und zeigte sich von der Solidarität der Spender beeindruckt.

Am 8. März 2008 wird noch einmal um Spenden geworben. Vier regionale Musikgruppen laden zu einem Benefizkonzert für jugendliche Heavy-Metal-Fans in den Rockbahnhof Finow.

Bürgersolaranlage

Eberswalde (bbp). Am 11. März treffen sich die Gesellschafter der ersten Eberswalder Bürgersolaranlage um 19 Uhr in der Brautstraße 34 (Geschäftsräume von Bündnis 90/Die Grünen) zur Gesellschafterversammlung. Auf der Tagesordnung stehen die Auswertung des ersten Geschäftsjahres einschließlich dem Beschluß über den Jahresabschluß, der Entscheid über die Verwendung der Überschüsse und eine aktuelle Ertragsprognose. Wie Thorsten Kleinteich, der Geschäftsführer der Bürgersolaranlage Eberswalde 1 GbR, mitteilte, lag der Einspeise-stand Ende Februar bei etwa 3.000 kWh.

Schöffen dringend gesucht

Eberswalde (prest-ew). Die Stadt Eberswalde sucht dringend nach Schöffen für den Einsatz beim Amtsgericht Eberswalde bzw. Landgericht Frankfurt/Oder. Interessierte können sich noch bis zum 20. März 2008 schriftlich oder telefonisch bei der Stadt Eberswalde, Rechtsamt, Breite Str. 41 - 44, 16225 Eberswalde, Telefon 03334/64510 melden.

Die Meldung muß den Vor- und Zunamen, Geburtsdatum, Geburtsnamen, aktuelle Anschrift, Tätigkeit und sollte für Rückfragen eine Telefonnummer enthalten.

Die neue Amtsperiode für die Schöffen beginnt am 01.01.2009 und endet am 31.12.2013. Schöffen müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, mindestens 25 Jahre alt sein, dürfen das 70. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und ein hohes Maß an Unparteilichkeit besitzen.

Benefizkonzert

zugunsten des Barnimer Flüchtlingsfonds am 18. März, 20 Uhr, Plenarsaal im Kreishaus. Die Gruppe Csókolom spielt Musik aus Transsilvanien und der Roma. (Bürgerstiftung)

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Anzeige

Herzlichen Glückwunsch



90
Jahre



bist Du auf dieser Welt
und wir wollen Dich nicht missen

Annemarie Markmann

Wir wünschen Dir noch viele Jahre
in Glück, Gesundheit und Schaffenskraft

Deine Kinder, Enkel und Urenkel

Gedenkveranstaltung

Anlässlich des 42. Jahrestages des Flugzeugunglücks der beiden Finower Piloten B. W. Kapustin und J. N. Janow führt der Kreisverband der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde und die AG Gedenkstätten Barnim/Bernau eine Gedenkveranstaltung am 6. April 2008 um 10 Uhr am sowjetischen Ehrenmal in Finow durch. Der Kreisvorstand der Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde und die AG-Gedenkstätten Barnim/Bernau laden hierzu alle Bürgerinnen und Bürger ein.

WALDEMAR HICKEL

Die »FauStimmen« –
junge, professionelle Acapella-Stimmen
Pop – Jazz – Gospel – Folklore
Samstag, 8. März 2008 um 18:00 Uhr
Chorkonzert in der katholischen Kirche in
Eberswalde, Schicklerstraße 7
Eintritt: frei www.faustimmen.de

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Behm (2), Jänich, Lange, Markmann (4)

drucker: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluss: 1. März 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 29.3.2008, 12 Uhr.